

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Bessere Förderung rechtszeitiger Hilfen für Familien als Investition ins Gelingen von Familien – Erleichterung der Inanspruchnahme durch bessere Leistbarkeit der Familienhilfe, Petition an das Land Steiermark

GR.ⁱⁿ **Potzinger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Zu den wertvollen mobilen Diensten der Caritas zählt die „klassische Familienhilfe als rasche Hilfe in familiären Krisensituationen (Unfall oder Tod eines Angehörigen...), bei Erkrankung von Betreuungspersonen, Hilfsbedarf rund um Schwangerschaft und Geburt und zur Entlastung pflegender Angehöriger. Familienhelferinnen unterstützen die Familie zuhause und tragen wesentlich dazu bei, dass schwierige Situationen in der Familie bewältigt werden können. Hier handelt es sich im besten Sinne um eine Investition ins Gelingen der Familie – durch die rasche Hilfe vor Ort können schwer wiegende Folgen von Krisensituationen vermieden oder zu mindestens abgemildert werden. Diese Hilfe kann sehr viel menschliches Leid ersparen und hohe Folgekosten nicht bewältigter Krisen vermeiden. Es ist daher in höchstem Maße sinnvoll, als öffentliche Hand die Familienhilfe so weit zu subventionieren, dass sie für alle Familien, die dieser Hilfe bedürfen, leistbar ist und somit rechtzeitig in Anspruch genommen werden kann. Das Land Steiermark wird daher dringend aufgefordert, entsprechende Fördermittel bereitzustellen, um den Familien den Zugang zu Familienhilfe zu erleichtern.

Deshalb stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Das Land Steiermark wird auf dem Petitionswege dringend aufgefordert, im Sinne der Prävention dauerhafter Krisensituationen durch eine Erhöhung der Fördermittel die Leistbarkeit der Familienhilfe für alle Familien zu gewährleisten.

Aufgrund eines technischen Gebrechens konnten die Wortmeldungen von GR.ⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer und GR.ⁱⁿ Mag.^a Polz-Watzenig nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Begrenzung von Überziehungszinsen und Mahngebühren auf Girokonten

GR.ⁱⁿ **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Die steirische AK hat in einer jüngst veröffentlichten Studie erhoben, wie hoch die Soll- und Habenzinsen österreichischer Banken sind. Untersucht wurden 15 Institute. Die Studie deckt auf, dass im Falle einer Überziehung des Kontorahmens bis zu 19,74 % an Überziehungszinsen verrechnet werden. Selbst wenn man innerhalb des Überziehungsrahmens bleibt, fallen bis zu 13,25 % an Überziehungszinsen an. Hoch sind nicht nur die Zinsen, auch bei Bearbeitungsgebühren, Rücklastschriftspesen und Mahngebühren wird ordentlich zugelangt. Zugleich werden für Guthaben so niedrige Zinsen bezahlt wie noch nie. So bezahlt die Volksbank Obersteiermark e. Gen. gar nur mickrige 0,0625 % (das sind pro 100 Euro Guthaben 6 Cent im Jahr).

Bereits im Jahr 2011 hat der Grazer Gemeinderat einen von der KPÖ zum Thema eingebrachten Dringlichkeitsantrag einstimmig beschlossen. Mit einer Petition hat sich die Stadt Graz an den Bund gewandt und diesen aufgefordert, eine Begrenzung der Überziehungszinsen von Girokonten sowie bei den Bearbeitungsgebühren und Mahnspesen einzuführen. Geschehen ist das bis heute nicht. Im Gegenteil: Der damalige Rekordwert an Überziehungszinsen von 18 % aus dem Jahr 2011 wird mittlerweile gar noch übertroffen.

Zugleich werden Geldinstitute wie die Hypo mit Milliarden aus Steuergeldern gestützt und als Zinssatz, zu welchem sich Institute Geld bei der Europäischen Zentralbank ausleihen dürfen, wurde erst unlängst ein historisch niedriger Satz von 0,15 % festgesetzt.

Es ist endlich an der Zeit, dass der Gesetzgeber regulierend eingreift und gegen Wucherzinsen und überhöhte Bankspesen bei Kontoüberziehungen vorgeht. In Deutschland ist jetzt Bewegung in die Sache gekommen. Dort haben die Verbraucherminister der Bundesländer den Banken ein Ultimatum gestellt, ihre Überziehungszinsen zu senken. Falls dies nicht geschehen sollte, müsse das Parlament eine gesetzliche Belastungsobergrenze beschließen. Die ING-Diba, die Sparda und auch die Commerzbank haben in Deutschland ihre Zinssätze für Kontoüberziehungen bereits gesenkt.

Ich stelle daher namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich im Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber und ersucht ihn, eine gesetzliche Begrenzung der Überziehungszinsen von Girokonten einzuführen. Diese sollten nur um fünf Prozent

über dem Zentralbanksatz liegen dürfen. Das wären zurzeit 5,15 Prozent. Außerdem müssten die Bearbeitungsgebühren und Mahnspesen gesetzlich begrenzt werden.

Aufgrund eines technischen Gebrechens konnte die Wortmeldung von Frau GR.ⁱⁿ Mag.^a Bauer nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) 100. Todestag von Bertha von Suttner

GR. **Eber** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber**: Am 21. Juni 2014 jährt sich der Todestag der österreichischen Friedensnobelpreisträgerin zum 100. Mal. Die am 9. Juni 1843 in Prag geborene Pazifistin und Schriftstellerin widmete ihr Leben der Friedensforschung und dem Einsatz gegen Krieg und Militarismus.

Ihr wohl bekanntester (pazifistischer) Roman „Die Waffen nieder!“ wurde zu einem viel verkauften und diskutierten Werk der Antikriegsliteratur.

Die Benennung der „Augartenbrücke“ in Bertha-von-Suttner-Friedensbrücke und die Benennung einer Volksschule am Grieskai nach dieser Friedensaktivistin zeugen

davon, dass sie in Graz bereits in der Vergangenheit geschätzt und das Gedenken an sie hochgehalten wurde. Diese Tradition sollte fortgesetzt werden.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz erinnert an die Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner und gedenkt ihres 100. Todestages mit geeigneten Maßnahmen, z. B. Beflaggung des Grazer Rathauses und anderer städtischer Gebäude mit Friedensfahnen, Pressemitteilungen, Würdigung auf der Homepage der Stadt Graz, Gedenkminute im Gemeinderat.

Zusatzantrag von GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Der grüne Gemeinderatsklub unterstützt das Anliegen: "Die Stadt Graz erinnert an die Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner und gedenkt ihres 100. Todestages mit geeigneten Maßnahmen, z.B. Beflaggung des Grazer Rathauses und anderer städtischer Gebäude mit Friedensfahnen, Pressemitteilungen, Würdigung auf der Homepage der Stadt Graz, Gedenkminute im Gemeinderat" voll und ganz. Zusätzlich zu diesen temporären Formen der Würdigung sehen wir auch eine nachhaltige und dauerhafte Würdigung als angebracht, um ein wirklich wirkungsvolles Zeichen zu setzen, und was könnte wohl wirkungsvoller sein als die Errichtung eines dauerhaften Mahnmals für den Frieden?

Aus diesem Grund und um die Wichtigkeit einer solchen Würdigung zu unterstreichen, stelle ich im Namen der Grünen - ALG folgenden Zusatzantrag:

Der Gemeinderat bekennt sich zur Zielsetzung, die derzeitige Conrad-von-Hötzendorf-Straße als Mahnmal für den Frieden nach der österreichischen

Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner umzubenennen. Die zuständigen Abteilungen werden beauftragt zu prüfen, welche notwendigen Vorarbeiten, auch zur bestmöglichen Unterstützung der AnrainerInnen, für eine solche Umbenennung notwendig sind.

Aufgrund eines technischen Gebrechens konnten die Wortmeldungen von GR. Mag. Molnar, GR.ⁱⁿ Mag.^a Grabe, GR. Mag. Sippel und GR.ⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung)

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Der Zusatzantrag von GR.ⁱⁿ Mag.^a Grabe wurde mit Mehrheit (gegen Grün und GR. Luttenberger) abgelehnt.

4) Appell an das Innenministerium/Schaffung einer Sonderkommission gegen Bandenkriminalität und Drogenhandel

GR. Mag. **Haßler** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Haßler**: Seit Monaten kommt es in Graz immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen aus Afghanistan und Tschetschenien stammenden Volksgruppen. In jüngster Zeit sind diese auf erschreckende Weise eskaliert: Lokale der jeweils anderen Volksgruppe werden gestürmt, mit Baseballschlägern und Messern werden regelrechte Straßenschlachten durchgeführt, einschreitende ExekutivbeamtInnen werden attackiert. Eines der Zentren dieser Auseinandersetzungen ist der Grazer Volksgarten – ein Park, der an sich den GrazerInnen als Erholungsraum, den Kindern als Spielraum zur Verfügung stehen sollte, der aber mittlerweile zunehmend von der Bevölkerung, auch schon tagsüber, aus Angst um die persönliche Sicherheit und die Sicherheit der Kinder gemieden wird. Als Gründe für diese Auseinandersetzungen werden ethnische Konflikte vermutet, aber auch der Kampf um die Vormachtstellung um den Drogenhandel in diesem Bereich von Graz.

Unabhängig davon, dass selbstverständlich alles getan werden muss, um insgesamt durch eine ganze Reihe gezielter Maßnahmen die Integration zu verbessern, den Menschen über bessere Bildungschancen Perspektiven zu eröffnen, über Siedlungsprojekte das Miteinander zu forcieren sowie latente ethnische Konflikte aufzubrechen, muss eines klipp und klar gesagt werden: Das, was sich derzeit in und rund um den Volksgarten abspielt, diese gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Gruppen verschiedener Herkunft kann nur durch einen verstärkten Einsatz der Polizei und speziell ausgebildeten Sondereinheiten gestoppt werden.

Den sich häufenden gewalttätigen Eskalationen im und rund um den Volksgarten, wird sich nicht durch Streetwork begegnen lassen, wird sich nicht durch den Einsatz von Spielbussen, durch pädagogische oder kommunikative Maßnahmen entschärfen lassen: Die Drogenszene will nicht „bespielt“ werden, sie will ihren Geschäften nachgehen. Wir sehen uns mit einer Form von Kriminalität konfrontiert, der nur durch einen verstärkten Einsatz der Exekutive Einhalt geboten werden kann. Denn es

geht um die Sicherheit aller Menschen, die das Recht haben, sich ohne Angst und Beklemmung in einem Park aufhalten zu wollen. Der Volksgarten soll wieder sozial zurückerobert werden als Erholungs- und Freizeitraum für alle Kinder, Jugendlichen und Familien unterschiedlicher Kultur und Herkunft, die friedlich mit- und nebeneinander spielen und leben wollen und sich respektvoll begegnen. Diesem gesellschaftlichen Anspruch an das Zusammenleben in Graz lassen wir uns von Menschen mit kriminellen Absichten nicht kaputt machen.

Die Familien, die den Park als Erholungsraum nutzen wollen, erwarten sich zu Recht rasche und kurzfristige Maßnahmen. Und es ist einzig und allein Aufgabe der Polizei, für die Sicherheit im öffentlichen Raum zu sorgen. Wenn die jetzigen Mittel nicht ausreichen, was offensichtlich der Fall ist, dann müssen die polizeilichen Maßnahmen verstärkt werden.

Richtig ist, dass über Jahre hinweg von allen InnenministerInnen, die seit fast zwei Jahrzehnten kamen und gingen, stets versprochen wurde, die Polizei in Graz personell zu verstärken. Wären all diese Versprechungen eingehalten worden, wäre die Grazer Exekutive wahrscheinlich ohne weiteres in der Lage, gegen die jetzt stetig steigenden Gewalteskalation einzuschreiten, es wäre vermutlich gar nicht dazu gekommen. Aber jegliche Versprechen gegenüber der steirischen Landeshauptstadt wurden letztlich gebrochen, auf Briefe, Anrufe, Appelle wurde nicht einmal reagiert – von einer Verstärkung des Personalstandes kann keine Rede sein. Umso mehr ist nunmehr das Innenministerium gefordert, auf diese jüngsten Ereignisse raschest und wirkungsvoll zu reagieren, um die Sicherheit der GrazerInnen zu gewährleisten. Und zwar durch die Entsendung einer speziellen „Sonderkommission gegen Bandenkriminalität und Drogenhandel“ in Graz.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht alle Mitglieder der Grazer Stadtregierung, in einem gemeinsamen Termin bei Innenministerin Johanna Mikl-Leitner dieser den Ernst der Lage in Graz zu vermitteln und von ihr die umgehende Entsendung einer „Sonderkommission gegen Bandenkriminalität und zur Bekämpfung des Drogenhandels“ in Graz einzufordern. Der Gemeinderat ist im Herbst 2014 über den entsprechenden Stand der Dinge zu informieren.

5) Grazer Volksgarten, Bandenkriege und Gewaltverbrechen – Maßnahmenpaket

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Und jetzt stehen wir alle vor einem gewaltigen Scherbenhaufen namens Grazer Volksgarten. Wir alle, das ist die Politik, das ist die Exekutive, das sind die Anrainer und das sind die Grazer Bürger. Mittlerweile herrschen dort Zustände, die eher an die Bronx erinnern als an eine städtische Grünoase für die Grazer Bevölkerung. Ich möchte eines gleich vorweg sagen, also es geht da nicht um gegenseitige Schuldzuweisungen und ich schließe mich da ganz dem Kollegen Haßler auch an, der gesagt hat, jetzt gilt es, an einem Strang zu ziehen, nicht politisches Kleingeld auch zu wechseln, sondern es geht darum, einmal sich die Sache anzuschauen, wer ist verantwortlich, was ist schiefgelaufen auch in den letzten Jahren, man muss ja mittlerweile von Jahren reden. Welche Versäumnisse hat die Politik auch zur Kenntnis zu nehmen, und um das geht es jetzt und nicht darum, wie gesagt, eine Schuld zuzuschieben. Ich kann mich erinnern, vor drei Jahren, wie man das Thema da auch herinnen gehabt haben, wo es wieder auch eskaliert war, da ist uns ausgerichtet worden von den Grünen

damals, vom Gemeinderat Schneider, der mittlerweile in die wohlverdiente Anonymität wieder zurückgekehrt ist, dass man die FPÖ nicht braucht in dieser Frage. Also das ist eine Aufgabe, die sich die konstruktiven Parteien oder der sich die konstruktiven Parteien annehmen und das schon erledigen und lösen werden. Na, wie hat das ausgeschaut dieses Lösen der konstruktiven Parteien? Ich kann mich erinnern, da ist die ÖVP in den Volksgarten gegangen mit Schachbrettern und auch mit Kaffee und Kuchen und wollte durch Präsenz im öffentlichen Raum die Drogendealer einschüchtern oder dazu bringen, dass sie den Volksgarten eben nicht mehr aufsuchen. Das ist genauso in die Hosen gegangen wie auch dieser sozialromantische Zugang der SPÖ, dass man gesagt hat, man wird das schon mit Sozialarbeitern auch lösen können. Das möchte ich keinen Sozialarbeiter mittlerweile mehr antun, deswegen gleich vorweg werden wir auch dem Abänderungsantrag der Grünen nicht zustimmen, denn diese Träumereien sind, glaube ich, jetzt beendet (*Applaus FPÖ*). Jetzt gilt es nur mehr klar dort die Polizei zu stärken, dort mehr Präsenz zu zeigen, dort auch rigoros vorzugehen gegen die kriminellen Elemente und nicht da noch irgendwelche Experimente auf Kosten der Sicherheit der Grazer Bevölkerung zu üben. Ich glaube, das ist auch die Botschaft der vergangenen Ereignisse. Aber was sind die Probleme? Die Probleme, ich habe sie vorher schon kurz gesagt, sind vielschichtig. Das ist nicht festzumachen an einem Punkt, sondern das ist ein riesengroßes Knäuel, das vor uns liegt, an Problemen, wo es gilt, das auch entsprechend zu entwirren. Anfangen tut das natürlich bei zuwenig Exekutive, das Problem kennen wir, da hat es schon unzählige Anträge auch in diesem Haus darüber gegeben, da muss die Innenministerin endlich auch reagieren. Der Bürgermeister hat es auch wieder in der Pressekonferenz letzte Woche angesprochen, er wird wieder, ich weiß nicht, ob er das im Rahmen des Städtetages gemacht hat, auch die Parteikollegen entsprechend instruieren, dass da jetzt ganz, ganz wichtig zu handeln ist, dass Graz endlich die versprochenen Polizeibeamten auch bekommt. Dann haben wir eine verfehlte Asylpolitik, nicht anders ist es zu nennen, das sind auch wieder mehrere Punkte, die dieses Urteil auch rechtfertigen. Wir haben ein

Verteilungsproblem, wir haben ein Verteilungsproblem der Asylanten in diesem Fall und der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, ein Verteilungsproblem insofern, dass sie auch in private Unterkünfte gebracht werden, wo überhaupt keine Kontrolle über sie stattfindet, niemand schaut, was passiert wirklich. Halten sie sich auch dort in diesen Bereichen, die auch dem Asylgesetz entsprechend vorgesehen sind, auf, also das funktioniert einmal überhaupt nicht. Ein weiterer Punkt ist, dass man auch überhaupt keine Rücksicht seitens des Bundes und des Landes darauf nimmt, was für Konfliktpotential da auch importiert aus den jeweiligen Herkunftsländern. Das ist ja kein Zufall, dass sich die Afghanen und die Tschetschenen da jetzt am Schädel hauen gegenseitig, sondern das ist ja auch in einem gewissen Grad ein importiertes Problem, das wir jetzt da auch zu spüren bekommen. Also das muss man auch einmal ganz offen ansprechen, das ist ja in Graz kein Zufall (*Applaus FPÖ*). Wir haben auch das Problem, dass die Politik, und das habe ich vorhin auch angeführt, jahrelang dieses Problem ignoriert hat, sich nicht darum gekümmert hat und dann ist es kein Wunder, dass es auch in dieser Form eskaliert. Wir haben eine absurde Rechtssituation, ich kann jetzt nicht weiter darauf eingehen, in vielen Bereichen auch durchaus fragwürdiges Verhalten der Staatsanwaltschaft, die auch die Motivation der Polizeibeamten, die übrigens hervorragende Arbeit leisten, das muss man auch einmal sagen (*Applaus FPÖ*), also die halten ihren Kopf dort hin und werden so quasi als Dankeschön auch noch bedroht, im Speziellen von den Tschetschenen, die gesagt haben, als Racheaktion greifen wir jetzt die Polizei an oder demolieren auch die Autos. Das hat soweit geführt, dass sich viele Polizeibeamte bereits privat aus eigener Tasche, weil das Innenministerium dazu das Geld nicht zur Verfügung stellt, stichfeste Sicherheitswesten zulegen, um eben hier bei diesem brutalen Vorgehen auch entsprechend gewappnet zu sein. Und das sind einfach Zustände, die man so nicht tolerieren kann. Abschließend, wenn im Grazer Volksgarten fast tagtäglich Bandenkriege im Speziellen von Tschetschenen und Afghanen auf brutalste Art und Weise, nämlich mit Messern, mit Ketten, mit Grillspießen, stattfinden, dann gilt es hier zu handeln. Wenn hier ungeniert unter den Augen der Öffentlichkeit, unter den

Augen der Familien, der Kinder Drogen gedealt werden und dieser Park den Bewohnern und Grazern in Wirklichkeit abhanden gekommen ist, dann haben wir gemeinsam die verdammte Pflicht, den Grazern mit allen Mitteln ihren Park wieder zurückzugeben (*Applaus FPÖ*).

Und deshalb bringe ich ein Maßnahmenpaket entsprechend ein.

- 1.** Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, eine bauliche Einfriedung des Grazer Volksgartens in Erwägung zu ziehen und deren Durchführung zu prüfen. Demnach soll der Grazer Volksgarten nach dem Vorbild anderer europäischer Städte entsprechend umzäunt und ab 22.00 Uhr für sämtliche Besucher geschlossen werden.
- 2.** Die Stadt Graz erkennt als urbaner Ballungsraum den dringenden Bedarf an zusätzlichen entsprechend geschulten Exekutivkräften, die vor allem im Einsatz gegen Banden- und Drogenkriminalität sowie gegen weitere Kapitalverbrechen ausreichend ausgebildet wurden. Die zuständigen Stellen des Bundes werden daher gebeten, entsprechende personelle Entsendungen im benötigten Ausmaß endlich vorzunehmen.
- 3.** Sollte der Bund diesem Ansinnen eine Absage erteilen, so hat er zumindest dafür zu sorgen, dass urbane Ballungsräume im eigenen Wirkungsbereich dieser Aufgabe aus eigenen Mitteln nachkommen können. Der Bundesgesetzgeber ist daher zu ersuchen, die Bestimmungen des Artikels 78d Bundesverfassungsgesetz in der geltenden Fassung dahingehend zu novellieren, dass es Gemeinden, insbesondere Statutarstädten, ermöglicht wird, eigene Gemeindewachkörper mit entsprechenden Exekutivbefugnissen zu installieren.
- 4.** Die zuständigen Stellen des Bundes werden dringend ersucht, im Rahmen der Zuteilung von Asylwerbern auf die Länder offensichtlich vorhandene ethnische Konfliktpotentiale dahingehend zu berücksichtigen, dass eine ausreichende

räumliche Trennung über das ganze Bundesgebiet, im Optimalfall sogar europaweit, gewährleistet wird.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** zur Dringlichkeit: Liebe Zuhörerinnen! Die Grünen werden der Dringlichkeit des SPÖ-Antrages zustimmen, es gibt dazu einen Abänderungsantrag, den wir dann noch vorstellen werden. Auch wir sehen es als eine wichtige Fragestellung, das wird auch im Abänderungsantrag erörtert werden. Dass wir beim Volksgarten nicht wegschauen können, dass die Stadt gefragt ist, dass sich nicht alles an den Bund delegieren lässt, um an Lösungen zu kommen, das wird jetzt dann noch Thema sein. Zur Dringlichkeit bezüglich des Antrages der freiheitlichen Fraktion, dem werden wir nicht zustimmen aus einem ganz einfachen Grund: Wir sehen die Dringlichkeit nicht gegeben, weil er stotzt vor Menschenverachtung, Missachtung dieses Hauses und die Formulierungen, wie sie dort gefunden werden, sind dieses Hauses hier nicht würdig. Das, was Sie betreiben, ist eine menschenverachtende Politik und keinesfalls eine Haltung, die wir herinnen mittragen werden. Wir werden darüber diskutieren mit der SPÖ, mit Ihnen sicher nicht (*Applaus Grüne*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Hoher Gemeinderat! Wie auch die letzte Wortmeldung gezeigt hat, geht es um ein ganz, ganz wichtiges Moment. Das ist die Menschenrechtsstadt Graz, die hier angezählt ist, wenn wir nicht unserer Verantwortung gerecht werden. Wir allein sind aber nicht mächtig genug, um diese Problematik zu lösen. Ich darf nur vorweg sagen, wir haben ein Integrationsreferat, eine Abteilung für Bildung und Integration, wir haben einen Interreligiösen Beirat, der wichtig ist für das friedliche

Zusammenleben, wir haben ein Büro für Frieden und Entwicklung seit Jahren, wir sind Menschenrechtsstadt, wir haben einen Menschenrechtsbeirat, den wir unterstützen und wir sind Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Wir sind nicht, entgegen allen anderen Bezirken Österreich, sicherheitsmäßig verantwortlich. Der Herr Bürgermeister ist in diesem Fall nicht Bezirkshauptmann und wir haben schon in der Vergangenheit einmal einen Antrag gestellt, nicht weil wir das so dringend wollen, um unsere Machtfülle zu vergrößern, sondern wenn andere ihrer Verantwortung nicht nachkommen, dann müssen wir Maßnahmen fordern und wir sind nicht allein in der Lage, dieses Problem zu lösen. Wir stellen das, was wir tun können, zuerst in den Vordergrund und kümmern uns dann und in zweiter Linie fordern wir ein, dass die Verantwortung anderer wahrgenommen wird. Das ist die Verteilung dieser unbegleiteten Minderjährigen, die so nicht tragbar ist und das ist der Bundespolizei gegenüber den kriminellen Handlungen und auch der Prävention, die in diesem Fall auch durch die Bundespolizei zu gewährleisten ist. Deswegen stimmen wir beiden Anträgen zu, es wird dann noch Abänderungsanträge, schon angekündigt, geben, aber immer aus der erstrangig unsere Verantwortung wahrzunehmen, wiederhole, und die der anderen einzufordern. Und wenn die nicht gewährleistet ist, dann sind wir zu Maßnahmen verpflichtet und die sind Teil dieser Anträge. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden der Dringlichkeit beider Anträge zustimmen. Möchte gleich zu Beginn betonen, dass es ein äußerst komplexes Thema ist. Punktuelle Maßnahmen, die hier von beiden Anträgen eingefordert werden, mögen eine Möglichkeit sein, werden das Thema aber nicht allumfassend erfassen, das ist uns klar. Ich komme darin in meinem Dringlichen dann genauer dazu. Ich möchte noch einmal betonen, dass es hier kein ethnischer Konflikt ist, verabschieden wir uns davon, es geht nicht

darum, dass eine Volksgruppe so ist, wie sie ist, und daher mit der anderen Volksgruppe, die anders ist und daher auch nicht mit ihr kann, in Konflikt gerät, es ist in Wirklichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein soziales Thema und dem müssen wir uns, glaube ich, alle gemeinsam annehmen (KPÖ).

Die Dringlichkeit des SPÖ-Antrages wurde einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeit des FPÖ-Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wir kommen damit zur inhaltlichen Diskussion der beiden Anträge. Ich habe schon angekündigt, dass es zum Antrag der SPÖ einen Abänderungsantrag der Grünen und einen Abänderungsantrag der KPÖ gibt.

GR. **Vargas** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Mitglieder des Gemeinderates, liebes Publikum! Es schaut nicht wahnsinnig gut aus unser Antrag, ich habe gehört, es wird nicht viel Zustimmung geben. Aber ich möchte es einmal erläutern, worum es geht. Wir versuchen, jetzt etwas zu regeln, was eigentlich seit Jahren in unserer Stadt grassiert. Wir Grünen unterstützen das Anliegen, mehr Polizeipräsenz im Volksgarten sicherzustellen. Allerdings sehen wir die Notwendigkeit, dass darüber hinaus eine Reihe von ergänzenden Maßnahmen notwendig ist. Die Stadt und der Gemeinderat kann und soll es sich nicht so einfach machen und alle Verantwortung für den Volksgarten an den Bund abschieben.

Vielmehr gilt es, ergänzend zu der Petition an den Bund rasch und effektiv zu agieren und Maßnahmen zu setzen, die im eigenen Wirkungsbereich der Stadt liegen. Ich habe mich heute mit der Thematik bei der Polizei gemeldet und mit dem Stadtpolizeikommandanten Kleinfurter gesprochen und der hat gemeint, naja, eine Sonderkommission wird nicht wahnsinnig viel bringen, weil die rechtliche Situation im Bereich Sucht ist so, dass § 27 Suchtmittelgesetz sieht ja keine Bestrafung vor, wenn jemand mit einer kleinen Menge an Drogen erwischt wird. Das heißt, die werden eigentlich nur angehalten, damit beschäftigt, dass die Polizisten irgendwie diese Leute zwar schon vor Gericht ziehen können, aber dort wird die Anzeige zurückgelegt. Das ist ein guter Umgang damit, das wissen wir schon seit 20 Jahren beinahe und es hat ja auch Sinn gemacht. Es waren im Vorjahr 2000 Anzeigen, die eigentlich aufgestellt haben und es ist eben das nicht verfolgt worden, weil es einfach im Gesetz so vorgesehen ist und es ist auch sinnvoll. Er sprach aber auch darüber, dass für sie wichtig wäre, dass man Präventionsarbeit leisten kann, das leistet die Polizei auch, und ihm wäre es natürlich schon lieber, wenn man die Polizeipräsenz im Volksgartenpark aufstockt und dazu benötigen sie Beamte, aber eine Sonderkommission, die speziell für diese sogenannte Bandenkriminalität oder für die Suchtmittelverfolgung, das wird wenig Sinn haben. Und es gibt aber auch andere Beteiligte in dieser Diskussion, das sind die Kollegen oder die Bürger, die sich zusammengestellt haben im Volksgartenpark, das sind engagierte Bürger und die wollen dort mit anderen Maßnahmen dieses Problem angehen. Und ich denke mir, wir haben ja besprochen, es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die bis jetzt die Stadt Graz nicht angenommen hat und es ist natürlich diese Beschäftigung von den jungen Erwachsenen, die dort sich aufhalten, ob das Tschetschenen oder Afghanen sind, das habe wir schon öfter diskutiert und ich denke, das ist notwendig. Deshalb stellen wir diesen Abänderungsantrag und der lautet folgendermaßen: Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht alle Mitglieder der Grazer Stadtregierung, in einem gemeinsamen Termin bei Innenministerin Johanna Mikl-Leitner dieser den Ernst der Lage in Graz zu vermitteln und von ihr eine relevante und den Aufgaben gemäße Aufstockung des

Personalstandes der Grazer Polizei einzufordern. Der Gemeinderat ist in der Juli-Sitzung über den entsprechenden Stand der Dinge zu informieren. Entsprechend der Erfahrungen mit sozialen Brennpunkten in vielen anderen Städten wird Sozialstadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck beauftragt, folgende Maßnahmen hinsichtlich ihrer Tauglichkeit für die Verbesserung der Situation im Volksgarten zu prüfen, damit will ich hinweisen, jeder meint, es sei nicht wahnsinnig sinnvoll, die Schweizer haben uns das vorgemacht, die haben da vor 20 Jahren schon einige Problemzonen zum Thema Drogen in den Griff bekommen, also man kann nicht sagen, das funktioniert nicht. Das eine wäre zum Beispiel die Aufstockung der Streetwork-Sozialarbeit, das andere ist die Einrichtung eines multiprofessionellen, interkulturell kompetenten Teams, die vor Ort aufhältige Zielgruppen ansprechen, mediatorisch tätig sind und Angebote setzen. Diese Teams sollen in enger Kooperation mit der Polizei und sozialen Einrichtungen tätig sein. Und letztlich, die Einrichtung eines Stadtteilzentrums, das hatten wir ja bis vor ein paar Jahren in den Volksgarten unter Nützung der Räumlichkeiten des Volksgarten-Pavillons. Ich ersuche um Zustimmung. Danke (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Der Abänderungsantrag der KPÖ ist sowohl zum SPÖ- als auch zum FPÖ-Antrag gestellt.

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie gesagt, es ist ein soziales Thema und nicht ein ethnisches, das muss uns klar sein, es braucht ein Bündel von Maßnahmen, natürlich auch mehr Polizei. Die Polizei ist nicht so hilflos und ahnungslos, wie es vielleicht manche vermute. Ich habe da einen sehr interessanten Artikel aus dem „Grazer“ vom 1. Juni: „Die Konflikte werden härter,

bestätigt uns ein für Ausländerproblematik zuständiger Beamter der Staatspolizei in Graz. Man muss das Grundproblem lösen, um weitere Gewaltentwicklung zu verhindern. Viele Tschetschenen und auch Afghanen, die aus dem Projekt für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge rausfallen, weil sie erwachsen werden, haben keine Chance auf Job und Geld. Mit Drogen zu dealen ist die einzige Einnahmemöglichkeit, so der Beamte. Man flüchtet sich dann in eine Gruppe als notwendiges Auffangnetz, man kann sein individuelles Leben, seine subjektiven Probleme allein anscheinend nicht mehr lösen“ und daher glauben wir, dass es so eine Zusammenarbeit auf allen Ebenen braucht, die sofort erfolgen muss und ich glaube, dass das in unserem Abänderungsantrag durchkommt. Ich darf ihn kurz zu Gehör bringen, er ist den Klubs zugegangen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz beschließt die sofortige Einberufung einer Stadtregierungssitzung unter Beiziehung von verantwortlichen VertreterInnen der Stadt Graz, des Landes Steiermark, der Polizei und des Bundes. Dabei sollen die im Motivenbericht erörterten Problemkreise aufs Tapet kommen. Die aktuellen Parameter im Bereich Unterbringung von Flüchtlingen (Anzahl, Alter, Unterbringungs- und Betreuungsart, Verteilung im Stadtgebiet), bestehende freizeitpädagogische Angebote und Betreuung im Volksgarten, Polizeipräsenz, Aufgriffe usw. sollen auf den Tisch gelegt und zusammengeführt werden. Ziel ist es, anhand der gesammelt vorliegenden Informationen gemeinsam ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten, das möglichst alle Bereiche der komplexen Problematik umfasst. So soll über den Einsatz entsprechend geschulter Exekutivkräfte gegen Banden- und Drogenkriminalität beziehungsweise einer Sonderkommission ebenso entschieden werden wie über die künftige Unterbringung der Flüchtlinge in privaten oder öffentlichen Heimen, ihre Verteilung auf Grazer Stadtgebiet und die Größe der Betreuungseinheiten. Weiters sollen präventive und pädagogische Maßnahmen, Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven für Flüchtlinge während beziehungsweise nach Beendigung der Betreuung und Maßnahmen im Bereich von Streetwork und Sozialarbeit gefunden und beschlossen werden.

Es geht nur mit allen gemeinsam. Der Gemeinderat ist über das Ergebnis der Stadtregierungssitzung zu informieren. Das wird sicher eine lange Sitzung der Stadtregierung werden, vielleicht braucht es auch mehr derartige Sitzungen. Soweit ich gehört habe, ist vom Bürgermeisterbüro schon eine Zusage gekommen, wie Kollege Rajakovics meiner Stadträtin Elke Kahr ausgerichtet hat, ich bitte um breite Zustimmung, ich glaube, dass das die einzige Möglichkeit ist, um in Zukunft vielleicht dieses Thema, ich will nicht sagen endgültig, in den Griff zu bekommen, aber zumindest die Probleme zu mildern. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Bevor wir weiter in der inhaltlichen Diskussion gehen, nochmals zu Ihrer Orientierung, es gibt den Antrag der SPÖ mit einem Abänderungsantrag der Grünen, es gibt den Antrag der FPÖ mit einem Abänderungsantrag der KPÖ, der sowohl den FPÖ-Antrag als auch den SPÖ-Antrag betrifft. Wer will zum Inhalt der beiden Anträge Stellung nehmen? Zu beiden, du kannst auch zum eigenen reden.

GR. Mag. **Haßler**: Zum eigenen habe ich noch das Schlusswort noch. Aber vorher noch unsere Position zum FPÖ-Antrag. Ich denke, wenn man den Motivenbericht außer Acht lässt und sich auf den Antragstext konzentriert, kann man das aus unserer Sicht nicht pauschal ablehnen, sondern muss man das differenziert betrachten. Also wir werden, wenn er zur Abstimmung kommt, eine getrennte Abstimmung fordern. Zum Punkt 1, die Umzäunung des Volksgartens, da habe wir eine klare Position, da sagen wir nein, weil wir nicht zulassen wollen, dass der öffentliche Raum quasi aufgegeben wird und wenn man schon so viel Geld in die Hand nehmen will, dann wäre es, glaube ich, sinnvoller, für bessere Beleuchtung zu sorgen, vielleicht auch die Ordnungswache

mit mehr Kompetenzen auszustatten. Vielleicht auch einmal anzudenken, die Ordnungswache eben besser auszustatten, sprich vielleicht auch in Richtung einer Hundestaffel bei der Ordnungswache zu denken, wäre auch so ein Beispiel und auch das Thema Stadtpolizei, das später noch im Antrag vorkommt, ist durchaus eines, das sehr interessant ist. Der Punkt 2, die Forderung nach mehr Exekutive, deckt sich eh mit unserem Antrag, also da ist klar unsere Zustimmung, der Punkt 3 bezieht sich eben auf den Punkt einer eigenen Stadtpolizei, da muss man auch klar sagen, dass natürlich der Bund für die Aufrechterhaltung der Sicherheit verantwortlich ist und wir auch dafür Steuern zahlen, alle Grazerinnen und Grazer. Aber wenn der Bund nichts tut und quasi eine Stadtpolizei als Notwehrakt notwendig ist, dann hat das auch von uns in diesem Bezug hin schon einen Antrag gegeben, und zwar im Jahr 2011 hat der Kollege Eichberger einen Antrag in diesem Gemeinderat gestellt, einen dringlichen Antrag, genau zu diesem Thema, und wenn es nicht anders geht, dann nur in Verbindung mit der Forderung an den Bund, dass er sich nicht wieder aus der Verantwortung stiehlt und uns sozusagen auch finanziell im Regen stehen lasst, sondern wenn das in diese Richtung geht, dann erwarten wir vom Bund, dass die Kosten für eine solche Stadtpolizei über den Finanzausgleich auch wieder abgegolten werden. Zu Punkt 4 gibt es ein Nein aus unserer Sicht und zwar keine unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge mehr im Stadtgebiet, weil das einfach eine Pauschalunterstellung ist, die irgendwie, die da angesprochen sind, mehr oder weniger kriminalisiert, ist nicht seriös, außerdem muss man sagen, wir haben die Zahlen vom Land uns geben lassen, hat sich die Situation in Graz schon deutlich verbessert. Wir hatten im Höchststand 170 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, jetzt sind es noch 66, davon sind 56 in Quartieren wie der Keplerstraße oder Caritas und zehn befinden sich in Jugend-WG-Betreuung oder in Pflegefamilien. Und dass diese 56 ohne Unterstützung irgendwo dastehen ohne Ausbildungsmaßnahmen entspricht auch nicht den Tatsachen. Aufgrund des Datenmaterials, das uns zur Verfügung gestellt wurde, kann man sagen, dass 38 eine Schule besuchen, da gibt es auch nachvollziehbare Schulbesuchsbestätigungen, acht absolvieren eine

Schulausbildung über das AMS, dafür liegen auch Bestätigungen vor, fünf gehen einer Beschäftigung oder Lehre nach, ein Jugendlicher besucht einen Deutschkurs ohne AMS-Leistung und nur vier sind derzeit weder in Ausbildung noch in einem Beschäftigungsverhältnis. Entweder, weil sie erst vor kurzen aus Traiskirchen nach Graz gekommen sind oder weil sie unmittelbar vor der Volljährigkeit sind oder noch keine AMS-Bestätigung vorliegt. Also ich denke, diese Fakten sprechen schon eine andere Sprache, als manche behaupten und zusätzlich muss man sagen, dass ohnedies geplant ist, eines der beiden Quartiere in der Keplerstraße zuzusperren und auch die Aufteilung nur auf Graz kann ich auch nicht teilen, weil durchaus auch andere Bezirke haben in Graz haben ähnliche Zahlen zu verkraften, der Bezirk Graz-Umgebung beispielsweise hat 52 unbegleitete Jugendliche zu betreuen. Und wenn wir schon von Aufteilung sprechen, dann müssen wir natürlich auch darüber sprechen, wie es im Stadtgebiet von Graz aussieht, da kann man gerne drüber reden, weil das nur im Westen von Graz dieses Problem zu lösen ist und vielleicht nur im Bezirk Lend oder Gries, das geht aus unserer Sicht auch nicht und wenn man dieses Thema lösen muss, dann muss man alle Teile von Graz mit in Betracht ziehen und es gibt nicht nur den Westen von Graz, ich gehe in die andere Himmelsrichtung, es gibt auch den Osten von Graz. Es gibt einen Ruckerlberg, es gibt ein Waltendorf, es gibt ein Leonhard, es gibt einen Bezirk Gries. Ich sage es ein bisschen polemisch, wenn wir in der Vielfalt eine Chance sehen, dann sollen wir die Chance allen Grazer Bezirken bieten. Also da können wir durchaus eine bessere Aufteilung finden. Der Punkt fünf...

Zwischenruf unverständlich.

GR. Mag. **Haßler**: Ja, die Redezeit überschreiten andere auch, ich bin eh immer sehr diszipliniert, heute nehme ich mir einmal die Freiheit heraus, mir ein bisschen länger am Rednerpult Zeit zu lassen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich bitte, trotzdem auf die Zeit zu achten.

GR. Mag. **Haßler**: Ja, der Punkt fünf ist ein sehr heikler Punkt, wenn man davon oder wenn man es in die Richtung zielt, dass man die ethnischen Konflikte sozusagen voneinander trennen sollte, am besten europaweit, das würde dann bedeuten, dass man vielleicht die Tschetschenen nach Österreich geben, die Afghanen nach Deutschland, die Nigerianer nach Dänemark, also das wird in der Praxis nicht funktionieren. Praktisch kann man sagen, dass das Flüchtlingsreferat des Landes sich bemüht bei den Zuweisungen, diese Konflikte zu beachten. Es geht aber nur aufgrund Erfahrungen sozusagen aus der Historie heraus und wenn wir uns zurückerinnern, gab es vor wenigen Monaten einen Konflikt zwischen Schwarzafrikanern und Afghanen und es wird niemand behaupten können, dass diese Länder jetzt aus historischen Situationen heraus einen Konflikt haben. Sehr oft geht es einfach auch um kriminelle Themen und auch um Vorherrschaften, die gelöst werden müssten. Trotzdem würden wir diesem Punkt fünf eine Zustimmung geben, weil man doch darüber diskutieren muss, dass man da auf jeden Fall Rücksicht nehmen muss, soweit es geht (*Applaus SPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Ich möchte zu ein paar Punkten, die aufgeworfen sind, ein paar Anmerkungen machen auch als tägliche Beobachterin und Anrainerin des Volksgartens. Zu unterscheiden ist die Situation, denke ich mir, sehr deutlich auch zwischen Tag und Nacht im Volksgarten und dass hier unterschiedliche Annäherungen notwendig sind. Ein Zusperrn des Volksgartens, und da bin ich bei dem Argument, das schon gefallen ist, vom Herrn Fabisch ist eine Wegschließung des öffentlichen Raumes, das kann es nicht sein, aber wir sehen, wenn man in der Nacht in der Nähe des Volksgartens ist, dass dort tatsächlich sehr extrem und sehr aggressives Aufeinandertreffen von unterschiedlichen Jugendlichen Gruppen sind, wo man einige zuordnen kann dem Flüchtlingsbereich. In dem Bereich wird es notwendig sein, und da bin ich nicht beim Ansatz vom Herrn Gemeinderat Haßler, dass man jetzt die Ordnungswache aufwertet, sondern es braucht auf Bundesebene endlich bei der Polizei eine klare Strategie, auch muttersprachliches Personal wesentlich stärker aufzunehmen und genau in diesem Bereich, wenn es um Arbeit mit jungen Burschen geht in dem Fall, auch hier eine bessere Kompetenzausstattung neben der Menge der Polizei, wo ich ja auch denke, dass hier wesentlich mehr Präsenz notwendig ist. Das heißt, hier wird in der Nacht, und das wird man dort haben und wenn der Park zugesperrt ist, wird man das Thema woanders haben. Das geht nicht einfach, dass man einen Park zusperrt und dann denkt, dass diese Personen, um die es da geht, sich in Luft auflösen, also diese Lösung ist wirklich kurz gegriffen. Das heißt, in der Nacht ein Sicherheitsangebot mit Präsenz, nicht nur mit dem Auto durchfahren durch den Volksgarten, sondern vor Ort mit Leuten, die mediationsmäßig geschult sind, aber eben auch muttersprachlich zugehen können auf die unterschiedlichen Jugendlichen, die dort miteinander in diversester Art auch sehr aggressiv den Umgang pflegen. Was noch dazukommt, und da denke ich mir, da bin ich durchaus in der Aussage beim Herrn Gemeinderat Sippel, nämlich das Versagen der Asylpolitik in Österreich, aber mit einem anderen Inhalt. Es ist so, dass wir mit minderjährigen Flüchtlingen so umgehen, dass, wie eh schon mehrfach gesagt wurde, dass sie nicht die Möglichkeit haben, in irgendeiner Form unterstützt zu werden in Graz, wie es in

dem Ausmaß notwendig wäre und wir dann an der Brücke, wenn sie dann 18 werden, und das erzählt jeder Polizist, jeder Flüchtlingsbetreuer, sowieso einfach auch die Straße gestellt werden. Sie kommen dann teilweise auch aus den Flüchtlingsheimen, die irgendwo in der Region, irgendwo am Rande von Orten oder irgendwo im Wald oder am Berg angesiedelt sind, wo sie untergebracht werden, alleine gelassen sind, ohne irgendeine Möglichkeit, sich irgendwie was zu entwickeln, mit 18 werden sie dort direkt vor die Türe gesetzt, in den nächsten Zug gesetzt, und natürlich kommen diese jungen Leute dann mit 18 in die nächsten Städte, und Graz ist nun einmal eine Stadt. Das heißt, hier ist die Asylpolitik in Österreich wirklich an eine Grenze geraten, das ist ja lange schon kritisiert worden und da ist bitte sehr auch von den beiden Parteien, die in der Bundesregierung sind, endlich auch eine adäquate Gesetzgebung herzustellen, weil dieses Problem wird immer wieder reproduziert. Und ein dritter Gedanke, der zum Volksgarten wichtig ist, wenn es um den Tag geht, dann bitte noch einmal, möchte ich noch einmal anbringen, dass wir als Grüne hier gefordert haben, dass der Volksgarten-Pavillon als sozialer Stützpunkt, als Stadtteilstützpunkt ausgebaut wird. Leider ist das anders verhandelt worden, die Sozialdemokratie hat den Volksgarten-Pavillon und es finden dort andere Dinge statt, aber es braucht im Volksgarten für die völlig unterschiedlichen Nutzer- und Nutzerinnengruppen, die den benutzen, eine Anlaufstelle, die in den Bereichen auch interveniert beziehungsweise auch zugeht auf jene Personen, die in dem Park für andere eine Belästigung oder eine Bedrohung darstellen. Das kann man unterm Tag anders regeln als in der Nacht, weil unterm Tag eine vollkommen andere Zusammensetzung im Park ist, aber es braucht das Gefühl, dass jemand präsent ist, dass jemand dort ist, dass jemand interveniert mit einer Kompetenz. Der Volksgarten-Pavillon sollte, auch wenn ich weiß, dass es vertraglich jetzt anders verhandelt ist, ein Stützpunkt sein, wo jemand ständig präsent ist mit der entsprechenden Kompetenz, wir haben das gefordert, leider ist das nicht so gekommen. Vielleicht kann die Sozialdemokratie, wo ja auch die Sozialstadträtin zugehörig ist, hier einen weiteren Schritt setzen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es leuchtet relativ früh auf, aber wir haben sechs Minuten, weil wir zwei Anträge haben, also bitte nicht nervös sein. Lieber Klubobmann, beim Motivenbericht habe, ich mir gedacht, ich muss doch etwas zu dir sagen, weil ich ja der Schwachsinnige war, der 2009 im September probiert hat, nicht nur dort mit einem Zelt zu stehen und auch Schach zu spielen, sondern auch ein Flugblatt in mehreren Sprachen gehabt habe, das verteilt worden ist auch an die Jugendlichen, wo ich auf das hingewiesen habe für was ein Park eigentlich Verwendung findet. Jetzt weiß ich, dass solche Aktionen möglicherweise nicht sofort zum Ziel führen und jeder geläutert aufgibt, aber es ist ein Zeichen, dass man als Gemeinderat nicht nur im Gemeinderat wichtige Anträge stellt und gute Tipps gibt, sondern dass man auch zum Menschen hinget und versucht, gemeinsam eine Lösung herbeizuführen (*Applaus ÖVP*) und das, glaube ich, sollte nicht unter schwachsinnig... und ich glaube auch, nachdem ihr eineinhalb Jahre jetzt zuständig seid für den Bereich Sicherheit und ich noch keine Einladung zu einem Treffen im Volksgarten von euch bekommen habe, nehme ich an, dass es das eben nicht gegeben hat, vielleicht tut ihr auch ein bisschen mehr mit den Menschen reden und nicht immer nur da hier die guten Tipps geben (*Applaus ÖVP*). Zur Sache selbst, die Politik muss an einem Strang ziehen in diesem Fall, deswegen wäre es mir lieber gewesen, wenn man da nur einen gemeinsamen Antrag gehabt hätten. Faktum ist, dass das Drogenproblem in erster Linie noch immer das Problem derer ist, die es konsumieren und das ist dieser Zugang, den wir verschafft haben über das Substitutionsprogramm, das derart Laissez-faire gehandhabt wird, dass wir im Moment bei den Drogen ein großes Problem bei der Kontrolle der Exekutive haben. Weil der Großteil der Substanzen, die gedealt werden, sind Medikamente und zwar Medikamente, die zumindest von den Süchtigen legal bezogen werden können. Das ist ein Dilemma und wir haben in dem Gemeinderat schon mehrmals, ich habe auch schon mehrere dringliche Anträge dazu gestellt, dass gewisse Substitutionspräparate nicht mehr auf den Markt kommen, wir haben da Petitionen verfasst, leider ist da auch nicht viel weitergegangen. Das Zweite ist, jugendliche Asylwerber zu hundert in

einem Heim unterzubringen in der Keplerstraße, im ehemaligen Wist-Heim, haben wir vom Anfang an bekämpft, das Problem ist, auch heute, ganz interessant, die ■■■ war zu einem Interview da vom ORF zu dieser Thematik, weil sie am Städtetag breit diskutiert worden ist, wollte heute vom Landesflüchtlingsbüro Zahlen für Graz haben, das Landesflüchtlingsreferat, der ■■■, hat keine Auskunft gegeben, wie viele Flüchtlinge in Graz sind. Es geht uns genau gleich, wenn wir wissen wollen, wie viele Jugendliche überhaupt da sind, dann ist das in Wirklichkeit in der Regel etwas, was man hinten herum über die Polizei erfragen müssen und über das Melderegister. Das ist ein Zustand, wie das Büro Schrittwieser und auch das Landesflüchtlingsbüro mit der Stadt Graz umgeht, die Probleme hereinsetzen, nichts sagen, nichts Gescheites... das ist ein Zustand, der (*Applaus ÖVP*) zu dieser Problematik geführt hat. Wir werden dem Antrag zustimmen, lieber Gerald Haßler, aber sich da herstellen und sagen, ja wir brauchen Exekutive, vielleicht einmal beim eigenen Landesrat vorstellig werden und sagen, wie kommst du auf die Idee, dass du 100 Leute in ein Haus setzt und zwar nicht von einer Jugend am Werk oder von einer Organisation betreut, die Erfahrung hat im Umgang mit schwierigen Jugendlichen, sondern einem Verein, der neu gegründet worden ist, dessen Sozialarbeiter bis zu diesem Zeitpunkt noch keiner gekannt hat. Also das ist schon ein Kunststück und wir haben vom Anfang an, 2009 war diese Aktion, die schwachsinnige von mir im Volksgarten, da ist das nämlich zustande gekommen, wir haben damals darauf aufmerksam gemacht, dass es große Probleme geben wird und heute haben wir sie und mehr als dass man halt aufmerksam macht, wir sind in diesem Zusammenhang weder im Asylbereich noch im Bereich der Exekutive in irgendeine Weise... jemand vorgesetzt, wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, was uns da nach Graz gebracht wird. Das dritte Problem und das ist, was die missliche Situation rund um den Volksgarten verursacht, ich glaube auch, dass die Exekutive tatsächlich eine gewisse Unterstützung brauchen würde, eventuell mehr Personal. Aber ich sage euch wirklich, solange es sechs bis acht Polizisten bei der Unterführung des Kastners die 30 oder 50 km/h, ich weiß gar nicht, weil ich mit dem Rad fahre normalerweise, kontrollieren können, sehe ich nicht ein, dass nicht

zwei Polizisten im Volksgarten arbeiten können. Das ist doch eine Einteilungssache, ob Polizei vorhanden ist oder nicht (*Applaus ÖVP*). Ich kann auch die Meinung der Kronen Zeitung heute nicht teilen, dass es eine Heldentat ist, dass ich in der Nacht um den Volksgarten mit dem Auto gefahren bin, weil genau ist das, was die Anrainer, und ich bin einer davon, so wie auch die Lisa Rücker, was die Anrainer auf die Palme bringt, wenn die Polizei im Auto durch den Volksgarten fährt. Jeder, der das sieht, dass die Polizei präsent ist, dann ist natürlich kein Dealer zu sehen, weil der wird sich ja nicht vor das Polizeiauto stellen am Abend und sagen, bitte kontrolliert mich. Also da ist schon auch... wir sind dafür, wir haben das auch mehrmals gesagt, wir haben auch immer wieder Versprechungen von InnenministerInnen bekommen, dass wir mehr Polizei brauchen, aber wir müssen auch einfordern von der Polizei, dass diese Polizei, die hier vorhanden ist, auch ihren Dienst tut, wo es notwendig ist und nicht zu Acht die Geschwindigkeit kontrolliert, wo dahinter eh ein Radarkastel steht. Also da bin ich manchmal fassungslos, wie man solche Dinge so organisieren kann, da ist es offensichtlich kein Mangel, weil auf der Strecke nach Stainz hinaus stehen die Polizisten in der Regel zu zweit beim Kontrollieren des Verkehrs und nicht zu Acht, also da ist eine sehr großzügige Einteilung. Auch ein mobiles Wachzimmer, das wir schon einmal gefordert haben, ist von der Polizei, vor allem auch von der Polizeigewerkschaft, bis jetzt immer abgelehnt worden. Warum nicht ein mobiles Wachzimmer für Graz, das an Hotspots aufgestellt werden kann? Wir von der Polizei, nicht weil die Innenministerin nicht will, weil die Polizei sagt, da haben sie im Moment das Personal nicht und das ist eigentlich nur für Feriententren usw. Es gibt hundert Gründe, warum sie bei der Polizei ja nichts ändern darf und da werden wir auch reden müssen darüber. Also zusammengefasst, wir sind dafür, dass wir auch an die Innenministerin herantreten, eventuell werden wir auch noch an andere Minister herantreten, die da Verantwortung tragen, unter anderem auch ein Sozialminister, weil es geht ja bei den Jugendlichen auch ganz stark um das Thema Arbeit, ich muss den jungen Menschen irgendwas anbieten können. Wenn der mit 16/17 hierher kommt, unbegleitet minderjährig und als Alternative und als Perspektive genau null

hat, weil für die Schule reicht es meistens nicht auch vom Basiswissen, also muss er wenigstens eine Anlehre oder sonst irgendwas machen können, dass er seinen Alltag verbringt, weil sonst ist er wie jeder 16/17-jährige, der nichts zu tun hat und kein Geld, schnell einmal in der Versuchung, dass er irgendwo andockt, wo er sich zumindest ein Geld holen kann, dass er mit ein paar Freunden um die Häuser ziehen kann. Das sind junge Leute und sie verhalten sich in der Regel gleich wie junge 16/17-jährige ÖsterreicherInnen, wenn man ihnen nicht irgendeine Aufgabe in der Perspektive bietet. Also auch der Sozialminister wäre da eventuell aufzusuchen von uns und deshalb, da diese Komplexität vorhanden ist, wird die ÖVP beim dringlichen Antrag vom Gerald Haßler zustimmen und im Fall vom Klubobmann Sippel bei dem Abänderungsantrag der KPÖ. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Die Intention, um was es uns geht, hat mein Kollege Gemeinderat Fabisch eh im Abänderungsantrag schon gesagt. Warum ich mich noch einmal zu Wort gemeldet habe, weil ich bin doch sehr lange im Grazer Gemeinderat und da gebe ich dem Kollegen Sippel vollkommen Recht, dass das Thema Volksgarten uns mindestens da schon seit zehn Jahren auf und ab und mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten, es ist einmal um die Hundewiese gegangen, muss man auch dazusagen und andere Sachen, beschäftigt hat. Aber was ich beim besten Willen nicht verstehe, es waren jetzt so kluge und vernünftige Wortmeldungen, egal ob es der Kollege Rajakovics jetzt war, ob das vom Gemeinderat Haßler, die Kollegen von den Grünen und vieles, was man da herausnimmt, zeigt ja auf, dass eine Maßnahme alleine nicht ausreicht und deshalb verstehe ich das beim besten Willen nicht. Wir haben für das ganze Jahr Stadtregerungssitzungstermine angesetzt, selten werden sie konsumiert, weil es angeblich an Themen mangelt. Ich kann mich nicht erinnern, wie viel wir heuer gehabt haben, eine oder zwei vielleicht, letztes Jahr vielleicht kann man das auf einer Hand abzählen. Jede Partei hier ist konfrontiert gewesen mit

E-Mails, mit Anrufen, nachdem es in der Zeitung war, ich habe zum Hörer gegriffen, habe mit dem Thomas geredet am selben Tag und gesagt, hallo, da müssen wir zusammenkommen, es braucht eine Sonderstadtregerungssitzung, weil wir sind alle, es gibt keinen Stadtrat für den Volksgarten, wir sind da alle als Politiker und Politikerinnen gefordert. Uns geht es allen um das Gleiche, wir wollen alle einen Volksgarten, der wieder für alle da ist, wir wollen niemanden an den Pranger stellen, diese ganze Problematik mit den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, was die Lisa auch angesprochen, hat wir sehen das dann, wenn die Burschen 19/20 da sind, Ausbildung machen, überbetriebliche Lehre mit 270 Euro, aber keine Wohnung haben, wie sollen sie mit 270 Euro über die Runden kommen? Also da sind viele...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: So geht es Österreichern auch.

StR.ⁱⁿ **Kahr:** Das ist kein Thema, aber wir reden ja jetzt teilweise auch von AsylwerberInnen und da sind, das hat mein Kollege eh richtig gesagt, nicht alle gleich, aber wir führen da jetzt eine Debatte, wenn ihr diese Anträge jetzt da so beschließt, ohne dass die Stadtregerung sich ernsthaft in einem Maßnahmenkatalog beschäftigt, garantiere ich euch, werde wir in einem Jahr wieder reden. Hinzukommen wird noch der Griesplatz, weil in Wirklichkeit ähnliche Problemstellungen dort sich auch schon entwickeln, kann ich euch jetzt schon sagen, im September, werdet ihr sehen, kommt der nächste, wir beschäftigen uns kollektiv nicht mit einer Entwicklung, an der man nicht vorbeischauchen kann und wir müssen uns dem Thema annehmen und wenn wir das nicht tun, dann ist das unernst, dann kann man sich zwar auf die Schulter klopfen, klasse, ich habe es gerade wieder mehrheitlich durchgebracht den Antrag, aber

letztendlich werden die im Bund uns ja auch was pfeifen, wenn wir nicht kollektiv vorgehen, da bin ich felsenfest überzeugt. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Haßler**: Nachdem ich in meiner Zwischenwortmeldung schon so viel Zeit verbraucht habe, werde ich jetzt versuchen, das einzuhalten. Die Schriftleitung hat mich gebeten, zu meiner vorherigen Wortmeldung noch einen Kommentar abzugeben, weil ich von fünf Punkten gesprochen habe und der Kollege Sippel seinen Antrag ändern musste und ich ihn informiert habe, das heißt, es gibt nur mehr vier, das heißt, der Punkt fünf, den ich besprochen habe im Protokoll, ist jetzt im Antrag Punkt 4 und der Punkt 4, den ich besprochen habe, da stimmen zwar die Zahlen über die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge natürlich, die hätte ich auch gerne im Protokoll, aber dieser Punkt ist herausgefallen. Zu den Wortmeldungen zu meinem Antrag. Ich glaube, man kann alles unterschreiben, also Integration, Migration ist ein sehr, sehr komplexes Thema, wie es der Kollege Fabisch und viele andere da auch angeschnitten hat und ich glaube, ich habe es in meinem Antrag, zumindest im Motiventext, ja auch hervorgehoben. Wir müssen klar unterscheiden, das was ich jetzt in meinem Antrag angesprochen habe, da geht es um Kriminalität, da geht es nicht um diese soziale Frage, da geht es um reine Kriminalität und die eignet sich nicht dafür, dass man wieder in endlosen Grundsatzdiskussionen dieses Thema bespricht. Natürlich werden wir uns mit dem Thema Integration, Migration noch in vielen, vielen Besprechungen, Sitzungen, Sondersitzungen beschäftigen müssen und wir werden immer wieder wahrscheinlich auch unsere Konzepte anpassen und abändern müssen, das ist unbestritten. Nur jetzt sind Sofortmaßnahmen gefordert und die können wir nicht innerhalb der Stadtregierung mit einer Diskussion lösen, die können wir nur lösen, wenn wir endlich auch dazu kommen, dieses Kriminalitätsproblem in den Griff zu bekommen. Und wenn wir es vermischen, diese Integrationsfrage mit der Kriminalität, dann kommt unterm Strich nur heraus in der

Bevölkerung, dass dort auch vermischt wird und dann ist alles, was Integration und Migration betrifft, mit Kriminalität gleichgesetzt. Deshalb haben wir bewusst in diesem Antrag diese Trennung da auch vorgenommen. Zum Kollegen Rajakovics, da möchte ich jetzt gar nicht näher auf das übliche Spiel mit Schrittwieser usw. eingehen, ich glaube, die Zahlen von den Unbegleiteten habe ich ja eh da sehr klar auch zum Ausdruck gebracht. Den Angriff auf die Polizei verstehe ich nicht, weil die Polizei hat es auch nicht leicht und ich verstehe, warum sie mit dem Auto durch den Volksgarten fahren, das sind keine speziell ausgebildeten Polizisten, wenn die dort zu Zweit oder zu Dritt durchgehen und plötzlich sind sie von 50 umringt, dann verstehe ich, dass sie ein Problem oder Angst haben. Also ich glaube, das ist auch durchaus nachvollziehbar. Kollegin Rücker, ich meine, das mit dem Pavillon und Volksgarten, der Volksgarten ist nicht der einzige Problempunkt in Graz und ich glaube, das mit dem Pavillon habe ich schon ein bisschen polemisch empfunden, ich fordere ja auch nicht, dass in der Jungferngasse irgendwo ein Stützpunkt für diesen Bereich aufgebaut wird. Ich glaube, da sollten wir generell über das Thema reden, aber auch bitte seriöse gemeinsam über mögliche Stützpunkte, nicht nur einen. Ich glaube, es gibt mehrere Brennpunkte in dieser Stadt. Und zur Elke Kahr kann ich nur sagen, um zum Schluss zu kommen, ich kann alles unterschreiben, ich verstehe deine Emotionen und ich bin bei dir, wir müssen lange und viel über das Thema reden. Bitte, heute haben wir einmal einen Aspekt einfach herausgegriffen.

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr unverständlich.

GR. Mag. **Sippel**: Als Erstes sage ich einmal danke für die Diskussion, da war einiges dabei, was sinnvoll geklungen hat. Leider muss immer erst auch etwas passieren, bis manche aufwachen und sehen, dass es höchst an der Zeit ist, jetzt auch etwas zu tun.

Ein bisschen eine Hoffnung sehe ich auch am Horizont, dass uns da jetzt mit gemeinsamer Anstrengung auch was gelingen wird. Zum Thomas Rajakovics. Normalerweise habe ich den Eindruck gehabt, dass wir in Fragen der Sicherheitspolitik, jetzt ÖVP und FPÖ, nicht so weit auseinander sind, heute hast du mich ein bisschen da vom Gegenteil auch überzeugt. Ich kann dir gerne sagen, was die freiheitliche Sicherheitspolitik in erster Linie ist, nämlich volle Unterstützung für die dafür vorgesehenen Einrichtungen, in erster Linie die Exekutive, aber auch darüber nachdenken, wie kann man die Exekutive sinnvoll unterstützen. Da fällt mir die Ordnungswache ein, wobei ich sage, im Volksgarten sind sie wahrscheinlich nicht richtig am Platz, aber das ist freiheitliche Sicherheitspolitik und nicht als Gemeinderat (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) sich da wichtigmachen und Flugzetterln verteilen, vielleicht in Fremdsprachen, weil da schaue ich mir nämlich an, wenn du dort mit deinen Flugzetterln in Tschetschenisch und Afghanisch hingehst, vielleicht kurz bevor die aufeinander losrennen, da must froh sein, wenn du nicht einen Grillspieß im Rücken hast (*Applaus FPÖ*), das möchte ich dir auch sagen. Und insofern tun wir dann schon dabei bleiben, was unsere wirkliche Aufgabe ist. Zur Kollegin Polz, ja gut, bei der einer Dringlichkeit dabei, bei der anderen nicht, obwohl es um dasselbe Thema geht, ich meine, gut, das versteht ja sowieso kein Mensch, das ist klarerweise parteipolitisch motiviert, das ist die grüne Brille, aber gut, das sei Ihnen unbenommen, das ist halt so, das sind wir eh schon gewohnt. Auch der Vorwurf wieder reflexartig menschenverachtend, für Sie ist eh alles menschenverachtend, was ein Freiheitlicher sagt, für Sie ist es wahrscheinlich menschenverachtend, das es uns Freiheitliche überhaupt gibt. Aber ich sage Ihnen, was für mich menschenverachtend ist, wenn Sie die Bürger mit ihren Sorgen und Ängsten alleine lassen und das tun Sie, indem Sie da wirklich sinnvolle Maßnahmen, die wir ohne irgendeine parteipolitische Brille, sondern im Lösungssinne, hier auch vorbringen, blockieren, das ist in Wirklichkeit menschenverachtend (*Applaus FPÖ*). Und zum Kollegen Piff. Ich gebe dir Recht, das ist ja auch Teil meines Antrages, mehr Kompetenzen auch für den Bürgermeister, es kann nicht sein, dass er im Gegensatz

zu den Bezirkshauptmännern nicht die Möglichkeit hat, auch entsprechend die Polizei anzuweisen, das muss endlich auch eingerichtet werden, das müssen auch die Herrschaften auf der Bundesebene endlich erkennen, dass Städte wie Graz auch dieses Recht brauchen, da bin ich völlig bei dir, aber tun wir doch ein bisschen auch relativieren, also diese, und da weicht ihr euch ja dann selber wieder auf in eurer Argumentationslinie, der Thomas ja das Ähnliche gemacht, wenn du dann wieder diese ganzen Organisationen wie Menschenrechtsbeirat, Friedensbüro usw. hier ins Treffen führst. Ich meine, die hätten ja Zeit gehabt jetzt drei Jahre lang oder noch viel länger, sich da einmal einzubringen und Vorschläge zu machen. In Wirklichkeit sind sie da nicht die richtigen Ansprechpartner, das ist Aufgabe der Polizei, dabei soll man es belassen und nicht schon wieder diese ganze Argumentationslinie aufweichen. Abschließend, ich könnte noch viel zu den Wortmeldungen sagen, aber nachdem es vor allem auch uns betroffen hat, möchte ich noch auf den Kollegen Fabisch kurz eingehen und den Ansatz, dass das ein soziales Thema ist. Na selbstverständlich ist es ein soziales Thema, ich glaube, das ist unbestritten. Aber man muss auch sagen, in erster Linie handelt es sich hier um Asylwerber, die hier zu uns gekommen sind, natürlich traumatisiert, da gibt es ja auch immer einen Grund, die hier einen Aufenthaltstitel anstreben, ihn dann vielleicht auch bekommen, oft ist es auch nicht der Fall, wenn die Richtlinien beziehungsweise die Voraussetzungen nicht gegeben sind, aber ich sage schon eines: Jeder, der zu uns kommt und hier um Asyl ansucht, der hat sich zu benehmen (*Applaus FPÖ*). Wer sich nicht benimmt und sich nicht an unsere Gesetze hält, dem sage ich auch ganz offen auf Wiedersehen, adieu, der hat bei uns nichts verloren, der hat seinen Aufenthaltsstatus verwirkt, und tun wir bitte nicht so, dass wir vielleicht dann noch schuld sind, dass diejenigen kriminell werden und drehen wir das nicht um, indem man argumentieren, naja, wenn der ab dem ersten Tag, bei dem er bei uns war, Arbeit bekäme, dann wäre das ganz anders usw. Also das hat ja auch der Minister Hundstorfer gesagt, dass er das in Wirklichkeit nicht rechtfertigen kann bei 380.000 Arbeitslosen in unserem Land, dass man Asylwerber, die zu uns kommen, natürlich traumatisiert mit schwerer Vergangenheit, aber dass

man die ab dem ersten Tag arbeiten lässt, also das ist nicht der richtige Weg. Der richtige Weg muss es sein, die Asylverfahren endlich zu beschleunigen, dass die nicht da in der Luft hängen, da gebe ich Ihnen Recht, das ist ein Problem, aber ich glaube, da sollte man ansetzen und jetzt nicht so quasi sagen, vor lauter Schuldgefühl müssen wir jetzt schauen, dass die Lehrstellen bekommen und arbeiten können, zumal man auch dazusagen muss, dass es natürlich auch so ist, dass das das System ist und tun wir nicht so und verschließen wir bitte auch davor die Augen nicht, das wäre wirklich blauäugig, nämlich ein System insofern, dass natürlich klar ist, wenn Minderjährige dem Drogenhandel nachgehen, dass die Gesetze für sie natürlich in anderer Weise und in dem Fall natürlich nicht gleichermaßen gelten und das natürlich dann auch für die Herrschaften, die dahinterstecken einfacher ist und angenehme Nebenerscheinung und das ist auch die Wahrheit, wenn man sich auch mit den entsprechenden Kreisen unterhält. Und schaffen wir bitte durch diese Arbeit nicht ein Hintertürl für gewisse Aufenthaltsmöglichkeiten, die von vornherein nämlich aus dem Asylgesetz heraus nicht gedacht sind. Ich sage danke trotzdem für die Diskussion, ich glaube, das, was man mitnehmen kann aus der heutigen Debatte, dass es bei manchen, nicht bei allen, zu einem Ende der Träumereien gekommen ist, dass es nachzubessern gilt im rechtlichen Bereiche und dass man endlich dazu übergehen sollte, die Gesetze, die wir haben, mit der nötigen Härte auch zu vollziehen (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich gerne noch ein paar Bemerkungen machen. Etwas liegt mir sehr auf der Zunge an dich, Armin, und zwar, weil du gesagt hast, dass hier einiges parteipolitisch motiviert war. Ich denke, es waren fast alle Wortmeldungen, auch deine, parteipolitisch motiviert, ich glaube, das ist auch gar nicht schlecht, sondern es soll ja auch klar herauskommen, welche Positionen da vertreten werden. Schade ist nur das eine, und da möchte ich

dem Thomas Rajakovics Recht geben, ich glaube auch, die parteipolitische Motivation drückt sich in den Anträgen aus, es ist ein derartiges Wirrwarr an Anträgen, die da sind, dass wir bei der Abstimmung, glaube ich, sehr aufpassen müssen, damit jeder und jede weiß, wofür und wogegen sie abstimmt.

Ich beginne mit den Abänderungsanträgen, und der erste Antrag, der zur Abstimmung steht, ist der Abänderungsantrag der Grünen zum Antrag der SPÖ. Kurz zusammengefasst, Antrag der SPÖ ist die Sonderkommission gegen Bandenkriminalität und Bekämpfung des Drogenhandels. Dazu gibt es jetzt einen Abänderungsantrag der Grünen, der insgesamt aus vier Punkten besteht und zwar die Stadtregierung gemeinsamer Termin mit Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, Aufstockung Streetwork Sozialarbeit sowie eines kulturell kompetenten Teams, das in Kooperation mit der Polizei arbeitet, sowie die Einrichtung eines Stadtteilzentrums. Ist uns klar, wenn ein Antrag durchgeht, dann ist der Originalantrag weg.

Der Abänderungsantrag der Grünen zum dringlichen Antrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen Grün und Piratenpartei) abgelehnt.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wir kommen damit zum Abänderungsantrag der KPÖ. Inhaltlich gesehen ist der Abänderungsantrag der KPÖ ähnlich, jedenfalls beinhaltet er auch den Vorschlag der SPÖ, ist aber weiter gehend, weil weitere Maßnahmen, ein weiteres Maßnahmenpaket hier vorgeschlagen wird, das neben dieser Sonderkommission auch Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven für Flüchtlinge miteinbezieht, ebenfalls wie beim grünen Abänderungsantrag im Bereich von Streetwork und Sozialarbeit. Der KPÖ-Abänderungsantrag ist zu beiden Anträgen gestellt. Das heißt, wir stimmen jetzt zunächst darüber ab, ob der KPÖ-Abänderungsantrag den SPÖ-Antrag ersetzen soll oder nicht.

Der Abänderungsantrag der KPÖ zum dringlichen Antrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Jetzt stimmen wir ab, ob der KPÖ-Abänderungsantrag den FPÖ-Antrag ersetzt. Ich darf nochmals in Erinnerung rufen. FPÖ-Antrag waren insgesamt vier Punkte, die Umzäunung des Volksgartens, dann die Sonderkommission, Exekutivkräfte jedenfalls, dann die Ermächtigung der Statutarstädte, über den Gemeindevachkörper ein Weisungsrecht zu haben, und eine weiter gehende gleichmäßige Verteilung von Asylwerbern. Dieser Antrag kommt zur Abstimmung, ob er durch den KPÖ-Antrag ersetzt werden soll.

Der Abänderungsantrag der KPÖ zum dringlichen Antrag der FPÖ wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ und FPÖ) angenommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wir müssen noch über den SPÖ-Antrag abstimmen, weil beide Abänderungsanträge zum SPÖ-Antrag nicht angenommen wurden.

Der dringliche Antrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt den Vorsitz.

6.) Rauchfreie Kinderspielplätze

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen im Gemeinderat und sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne! Wir haben in Graz erfreulicherweise 75 öffentliche Spielplätze, auf denen Kinder, die in Graz aufwachsen, die sich in Graz befinden, ein vielfältiges Angebot an Spielgeräten vorfinden. Das ist für Kinder in der Stadt eine wichtige Möglichkeit, um im Freien zu spielen. Wichtig ist aber natürlich auch, dass auf diesen Spielplätzen eine bestimmte Sicherheit gewährleistet ist für die Kinder und Jugendlichen. Deswegen werden natürlich die Spielplätze auch regelmäßig auf Sicherheitskriterien hin überprüft, werden gepflegt, werden auch gereinigt. Was allerdings ein Problem ist, und darauf sind wir einerseits aufmerksam gemacht worden in Diskussionen mit Jugendlichen beim Mitmischen, darauf hat aber auch sehr vehement (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) die Kinderbürgermeisterin, die im Rahmen des Kinderparlaments auch Forderungen ausgearbeitet hat, aufmerksam gemacht. Dass das Rauchen auf Kinderspielplätzen ein Problem ist, vor allem durch die weggeworfenen Zigarettenstummel, die überall liegen, und ich selbst habe zwei kleine Kinder, bin öfter auch auf Spielplätzen und kann das genauso beobachten wie die Kinder und Jugendlichen selbst dass die Spielplätze leider übersät sind mit weggeworfenen Zigarettenstummeln. Diese Zigarettenstummel werden von Kindern, vor allem von ganz kleinen Kindern, natürlich in die Hand genommen, von ganz kleinen Kindern können sie auch zum Teil in den Mund genommen und verschluckt werden und wie wir wissen, ist das gesundheitlich natürlich eine sehr schwierige Geschichte. Was aber dazukommt ist außerdem etwas, was uns, glaube ich, in unserer Gesellschaft gerade in Österreich ein Stückweit abgeht, nämlich ein Bewusstsein mit Rauchen insgesamt und eine Vorbildwirkung durch Eltern, die natürlich sehr, sehr stark ist. Wir haben in Österreich

leider noch immer die Situation, dass wir international auch als Raucherparadies bezeichnet werden. Dieses Thema sollte man in verschiedenste Richtungen natürlich angehen und dieser erste Punkt ist einmal auf Kinderspielplätzen, weil hier einfach kleine Kinder mit der Alltäglichkeit des Rauchens konfrontiert werden und das soll aus unserer Sicht nicht der Fall sein. Rauchen ist etwas, was man auch Erwachsenen zugestehen kann, die Frage ist nur, ob überall und immer, und auf Kinderspielplätzen hat es aus unserer Sicht eben keinen Platz oder soll es keinen Platz haben. Ein generelles Rauchverbot auszusprechen, ist aber aus unserer Sicht und vor allem auch aus Sicht der ExpertInnen, ich habe mich mit VIVID, also mit einer Vertreterin von VIVID, auch länger darüber unterhalten, nicht der richtige Weg, es einfach nur zu verbieten. Ist einerseits sehr schwierig in einem nicht abgeäuerten Kinderspielplatz und das Zweite ist, es würde Eltern, die starke Raucher und Raucherinnen sind, auch dazu führen, dass sie entweder verbotenerweise trotzdem rauchen oder vielleicht mit ihren Kindern gar nicht auf den Spielplatz gehen, das heißt, was es braucht, ist eine Mischung aus Verbot und gleichzeitig aber auch dem Schaffen von bestimmten Raucherzonen, wo man Aschenbecher hinstellt, also einen Mülleimer mit Aschenbecher, wie es auch an den Bushaltestellen der Fall ist und wo man vielleicht auch, und das empfiehlt VIVID, auch gleich eine Kontaktadresse anbringt, wo es... zum Beispiel gibt es dieses Rauchfrei-Telefon, wo man sehr niederschwellig und sehr schnell auch zu Informationen kommt, wie man unterstützt wird beim Aufhören vom Rauchen. Und VIVID hat da auch Untersuchungen durchgeführt, über 50 % aller Raucher und Raucherinnen würden gerne jederzeit aufhören zu rauchen, das heißt, vielleicht ist auch das eine Möglichkeit, um darauf noch einmal hinzuweisen. Ich denke, ohne dass wir eine Stadt der Verbote haben wollen, das ist natürlich nicht der Sinn der Sache und ist auch hier im Gemeinderat immer wieder auch thematisiert worden, allerdings braucht es natürlich zum Schutz von Kindern sehr wohl die eine oder andere Regel, die dann auch einzuhalten ist, und derzeit gibt es zwar Empfehlungen, auf Kinderspielplätzen nicht zu rauchen, es gibt allerdings keinerlei Handhabe, wenn es Eltern doch tun und dafür ist ein Verbot in dem Fall notwendig,

damit die Ordnungswache zum Beispiel auch darauf aufmerksam machen kann, dass das hier nicht erlaubt ist.

Ich stelle daher namens meiner Fraktion den

dringlichen Antrag:

Die Präsidialabteilung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Verhängung eines Rauchverbotes und die Einrichtung von Raucherzonen auf Spielplätzen über eine ortspolizeiliche Verordnung möglich sind; dem Gemeinderat ist bis spätestens Herbst ein entsprechender Bericht vorzulegen (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** zur Dringlichkeit: Ich melde mich gleich zur Dringlichkeit. Selbstverständlich dringlich. Freue mich auch sehr über diesen Antrag, ich möchte nur kurz was vorlesen, Rauchen auf Spielplätzen muss man verbieten, es stinkt, ist ungesund und kleine Kinder könnten die Stummel in den Mund nehmen, Erwachsene müssen nicht dort rauchen, wo wir spielen. So unsere Kinderbürgermeisterin, das Kinderparlament fordert seit einigen Jahren immer wieder, dass es rauchfrei wird. Ich freue mich, dass die Stimme des Kinderparlaments, auch wenn sie nicht zitiert worden ist und das hätte ich mir gewünscht, dass man Kontakt aufgenommen hätte mit dem Kinderparlament und sie einbezogen oder zumindest...

Zwischenruf unverständlich.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: ...dann habe ich es überhört, Entschuldigung, aber zumindest dorthinein formuliert zu haben, das heißt, wir stimmen da zu und das Zweite ist, es gibt einen Zusatzantrag, da kann ich auch gleich dazusagen, dem werden wir auch zustimmen, weil das auch eine klare Forderung des Kinderparlaments ist und wir uns freuen, wenn das Kinderparlament heute hier gehört wird. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Pogner**: Sehr geehrte Frau Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Alexandra! Ein toller Antrag, es ist nur leider schade, würde ich einmal sagen, dass man immer wieder daran erinnern muss, dass man mit Verboten dann im Endeffekt doch wieder auf die Erwachsenen einwirken muss. Dass wir es nicht schaffen, dass es die Gesellschaft nicht schafft, dass sie als gutes Vorbild einfach so voranschreitet und auf Kinderspielplätze nicht raucht, dass man es immer wiederum die Vorgaben von uns in dem Fall braucht, damit die Eltern oder überhaupt Erwachsene, die auf den Kinderspielplätzen sind, damit das Bewusstsein geschaffen wird, dass man in Gegenwart von Kindern und im Bereich, wo sich Kinder aufhalten und wo Kinder spielen, einfach dass das normal sein sollte, dass man normale Dinge einfach dann in eine Form bringen muss, damit man sie auch ahnden kann, wenn es nicht so gelebt wird. Ich darf daran erinnern, dass in Wien in der Grünanlagenverordnung das auch explizit drinnen steht. Da steht ein Satz drinnen unter § 10, glaube ich, in der Grünanlagenverordnung, der da besagt, auf Kinderspielplätzen ist das Rauchen verboten. Also so in etwa muss man einfach vorgehen, damit man die Kinder vor den uneinsichtigen Erwachsenen, die es da auch noch gibt, schützt. Und daher volle Zustimmung dem Antrag von unserer Seite und auch gleich, ich darf gleich den Zusatzantrag bitte einbringen.

Die ÖVP bringt einen Zusatzantrag ein, weil nicht nur das Rauchen alleine schädlich ist und für unsere Kinder eine Gefahr vor allem auch bei den Kinderspielplätzen

bedeutet, sondern auch ein vermehrter Alkoholkonsum, der im Bereich der Kinderspielplätze auch immer wieder anzutreffen ist. Da werden Jugendliche angetroffen und/oder auch Erwachsene, die halt dann Alkohol konsumieren und das vor den Kindern und das ist einfach etwas, wo wir sagen, das gehört genauso eingeschränkt und daher der Zusatzantrag: „Das Präsidialamt wird weiters ersucht, auch die Verhängung eines Alkoholverbotes auf öffentlichen Spielplätzen im Rahmen einer ortspolizeilichen Verordnung zu prüfen“ und ich bitte auch den Zusatzantrag anzunehmen. Man könnte dann auch noch das Ganze ausdehnen auf Hundebesitzer, weil es ist halt auch nicht lustig, wenn dort die Hunde auf den Spielplätzen herumlaufen, aber wie gesagt, jetzt haben wir einmal das Alkoholverbot, das wir gerne noch dabei hätten und Unterstützung für das Rauchverbot auf Kinderspielplätzen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Liebe Kollegin, also ich bin sehr froh, dass du diesen Antrag eingebracht hast, denn es ist, ihr wisst eh, wir haben im Stadtrechnungshof diesen Prüfbericht gehabt und das ist natürlich jetzt ein Baustein aus diesem Prüfbericht heraus. Ich glaube, dass mit diesem Antrag durchaus auch die Wertschätzung den Kindern gegenüber, des Kinderparlaments, auch gegeben ist, das halte ich da für ganz wichtig. Nachdem ja das das erste Mal sozusagen in Zusammenarbeit mit dem Kinderparlament ein Prüfbericht entstanden ist und dadurch natürlich jetzt ein konkretes Ergebnis auch in die Umsetzung kommen kann, finde ich das ganz toll. Also wir werden natürlich dem Antrag gerne zustimmen und auch dem Zusatzantrag, nachdem ja das Alkoholproblem ja auch sehr groß ist, wie wir gehört haben von den Kindern. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StR.ⁱⁿ **Rücker** zum Antrag: Ich bin jetzt doch, nachdem jetzt die Wortmeldung vom Harry Pogner war. Zuerst einmal zum Thema Rauchen, ich denke, das Kinderparlament ist ja auch regelmäßig damit aufgetreten, ist gar kein Thema. Beim Alkoholverbot, da geht es nicht darum, dass ich jetzt sage, der Alkohol ist problemlos, weil das ist eines der größten Probleme in der österreichischen Suchtstatistik. Aber da möchte ich bei der ÖVP doch noch einmal einhaken, weil im Gegensatz zum Rauchen, wo inzwischen die Werbung in dem Bereich verboten ist usw., ist doch ein bisschen ein Widerspruch drinnen, dass immer wieder Alk-Verbote kommen, auch gerade von der ÖVP, und gleichzeitig, wenn man die Lobby-Arbeit anschaut, wie sehr in Österreich gerade der Alkoholkonsum von einer Gastronomie-Lobby usw. und unterstützt von der ÖVP immer wieder auch in politischen Entscheidungen sozusagen propagiert wird auf der einen Seite und dann immer wieder versucht wird, das Problem, das man eigentlich selber zumindest mitunterstützt, dann wieder auf der anderen Seite mit Alkoholverboten einzudämmen. Ich will das einfach nur zu bedenken geben, da gibt es ein bisschen eine Doppelbödigkeit in der Zugangsweise. So sehr wir wissen, dass die Suchtproblematik in dem Bereich des Alkoholmissbrauchs ein ziemlich massives Problem für diese Gesellschaft ist. Da wäre auch hier einmal ein konsequentes Vorgehen der ÖVP auf einer Ebene der Werbegeschichte usw. auch einmal angebracht, das wollte ich nur anbringen (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, Frau Stadträtin! Eigentlich wollte ich mich zu Wort melden, aber, also liebe Lisa, wir sind nicht die Gastwirtschaft als ÖVP, das möchte ich schon irgendwie festhalten. Und zum anderen, es ist ein Unterschied, wo Alkohol konsumiert wird. Wir haben das in der Fraktion heute besprochen bezüglich dieses Zusatzantrages und ich habe das selbst erlebt, ja, im Metahofpark, jetzt mag vielleicht jemand sagen, das ist dort was anderes, aber auch

dort ist es nichts anderes, wenn am Kinderspielplatz zwischen den Kindern drinnen geraucht und Alkohol konsumiert wird und damit mit dem Konsum immer weiter und weiter geht, ist das was anderes, als wenn es in einem Gasthaus oder sonst irgendwo ist und nein, die ÖVP tritt da nicht dafür ein, das wollte ich nur klarstellen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Liebe Kollegen und Kolleginnen! Herzlichen Dank für die sich abzeichnende Unterstützung für diesen Antrag. Liebe Ina, das ist etwas, was ich auch betonen möchte, wenn man Jugendliche und Kinder in einem Beteiligungsprozess miteinbezieht, und das finde ich ganz, ganz wichtig, dann ist es eben auch ganz wichtig, dass dann daraus auch etwas entsteht und dass man das dann auch wirklich umsetzen, um den Kindern auch zu zeigen, dass Demokratie funktionieren kann und funktioniert und ich glaube, das würde auch dieser Politikverdrossenheit unter den Kindern und Jugendlichen auch ein bisschen entgegenwirken, wenn man das öfters machen und dann auch die Dinge umsetzen, die gefordert werden oder die gewünscht werden von Kindern und Jugendlichen. Lieber Harry Pogner, wir werden auch deinem Zusatzantrag zustimmen und möchte da durchaus auch darauf hinweisen, dass wir im Jahr 2008, der Kollege, der jetzt nicht mehr hier im Gemeinderat ist, einen entsprechenden Antrag ziemlich genau wortwörtlich so gestellt hat; es ist natürlich erstaunlich, dass das jetzt sechs Jahre später noch einmal passieren muss und inzwischen offenbar das nicht umgesetzt worden ist, aber vielleicht funktioniert es ja diesmal und inhaltlich kann man natürlich sehr wohl dafür sein und das sind wir auch, dass auf Kinderspielplätzen nicht Alkohol konsumiert wird. Uns geht es da auch ein bisschen um die Vorbildwirkung, also es ist ein Unterschied, ob das am Hauptplatz ist oder ob das auf einem Kinderspielplatz stattfindet. In diesem Sinne vielen Dank und ich hoffe auf breite Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der ÖVP wurde einstimmig angenommen.

7) Keine Verschiebung der Planungsarbeiten für die Straßenbahnausbauprojekte Süd-West-Linie (inklusive Innenstadtentflechtungsstrecke) nach Don Bosco und Hummelkaserne sowie für die Verlängerung der Linie 3 von der Alten Poststraße nach Reininghaus (Hummelkaserne)

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Martina, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Warum ich hier stehe und diesen Antrag Ihnen und euch zur Kenntnis bringen möchte, hat folgende Vorgeschichte: Es gibt zwei aufrechte Gemeinderatsbeschlüsse für Planungsarbeiten gegliedert bis hin zu Baustart und Eröffnung des Projektes für die südwestliche und damit verbunden der Innenstadtentflechtungsstrecke aus dem November 2011. Ähnliches, zumindest für die Planung, gibt es vor ungefähr einem Jahr, Juli 2013, hinsichtlich der Verlängerung der Linie 3 von der Alten Poststraße, Fachhochschule, nach Reininghaus beziehungsweise zur Hummelkaserne, als vorläufige Endstation hätte auch für die Südwestlinie die Hummelkaserne gelten sollen. Im ersten Quartal dieses Jahres wurde der Verkehrsausschuss im Jänner mit einem Informationsbericht konfrontiert, der unter anderem nebst der Linie-7-Verlängerung, Terminplanänderungen, so war der Titel, für die Linie 3 nach Reininghaus und für die Südwest-Linie enthalten hat. Diese Terminplanänderungen haben Folgendes ergeben oder der Vorschlag war folgender von Herrn Stadtrat Eustacchio beziehungsweise von

der Abteilung für Verkehrsplanung, dass man den 2011 beschlossenen Planungsablauf so weit hinauszögert, dass von einer Fertigstellung, wie sie ursprünglich für 2018 geplant war bei der Südwest-Linie, auf 2023, also gut vier/viereinhalb Jahre später, gegangen ist. Der damals ein halbes Jahr vorher beschlossene Ausbau der Linie 3 nach Reininghaus wurde ebenso in diesem Bericht verschoben. Das wurde uns so zur Kenntnis gebracht, nur hat der Verkehrsausschuss nicht zur Kenntnis genommen und wir haben den Herrn Stadtrat aufgefordert, diese Terminplanänderungen zu überarbeiten und sie wiederum dem Ausschuss vorzulegen. Dies geschah zwei Monate später mit einem nochmals wortgleichen, inhaltlich gleichen Informationsbericht, der wiederum nicht zur Kenntnis genommen worden ist. Seither ist scheinbar nichts geschehen, das sind unsere Informationen, es wird weiterhin an der Planung nicht gearbeitet und deswegen stelle ich in diesem Sinne, weil eine wachsende Stad und weil ein Raum, der immer mehr Menschen von a nach b transportieren soll und möglichst nicht mit dem Auto, sondern zu Fuß, per Rad oder vor allem eben auch mit dem öffentlichen Verkehrsmittel Straßenbahn, diese Projekte braucht, Stichwort Reininghaus, stelle ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Der zuständige Verkehrsstadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio wird beauftragt, die Planungen im Sinne der Gemeinderatsbeschlüsse aus November 2011 für die Süd-West-Linie sowie die Innenstadtentflechtung beziehungsweise aus Juli 2013 für die Verlängerung der Linie 3 nach Reininghaus unter Berücksichtigung der bereits angefallenen Verzögerungen durchführen zu lassen.
2. Über die neuen Eckpunkte für die den Gemeinderatsbeschlüssen möglichst zeitnah folgenden Planungsabläufe der beiden Straßenbahn-Infrastrukturprojekte ist den Ausschüssen für Verkehr sowie für Stadt- und Grünraumplanung und dem Gemeinderat bis zu den jeweiligen Terminen im Juli 2014, das ist aus heutiger Sicht 2. Juli, Ausschuss, 3. Juli,

Gemeinderatssitzung, ein schriftlicher Informationsbericht vorzulegen.

Ich ersuche um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. **Haberler**: Hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer, Frau Vizebürgermeisterin! Das ist ein sehr wichtiges Thema und das liegt auch uns von der ÖVP sehr am Herzen und wir bekennen uns zur Dringlichkeit und auch zum Stück. Ich kann mich erinnern, in der Zeitung ist gestanden, es ist keine zwei Wochen her, dass sich alle Regierer zum ÖV-Ausbau bekennen. Dass wir hergehen und das Land und den Bund auffordern, sie mögen doch schauen, dass wir Gelder bekommen und jetzt frage ich mich, deswegen ist es ja das Dringliche, was sollen die fördern, wenn nichts vorliegt? Es wird dem Ausschuss weder, wir haben beschlossen, dass wir alle zwei Monate einen Bericht bekommen, was passiert ist, er ist sogar abgesagt worden der Ausschuss dieses Mal einfach so, anstatt dass ein Bericht kommt. Anscheinend ist einfach so gar nichts passiert und deswegen ist die Dringlichkeit auf jeden Fall gegeben und wir unterstützen den Antrag vollends und danke, Karl, für diesen Antrag (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Antragsteller Karl Dreisiebner, Kollege Haberler! Wieder einmal ein Antrag, den es nicht braucht, sage ich gleich offen heraus. Die Projektgenehmigung, die der Kollege Dreisiebner zitiert hat, stammt aus dem Jahr 2011, ist richtig, hat unter der Stadträtin Rücker damals stattgefunden, nur das muss man auch dazusagen, das ist ein Projekt, das jetzt unter keinen Umständen verwirklicht werden kann. Das hätte nämlich bedeutet, wenn dieses Projekt weiter fortschreitet, dass man die Brückenkopfgasse für alle Pkw sperrt, dass der Griesplatz komplett vom Individualverkehr ausgeschlossen worden wäre. Ist was, was mit uns sicher nicht

geht, ich glaube auch nicht, dass es hier herinnen im Gemeinderat eine Mehrheit finden würde. Zu den Planungen, und darum ist eben dieser Antrag nicht nötig, der Auftrag zur Planung der angesprochenen Linie ist durch den Herrn Stadtrat bereits erteilt, es wird hier gearbeitet daran, es passiert laufend. Wir haben auch schon an das Personalamt die Ressourcenanforderungen vorgelegt, weil, das muss man auch sagen, für dieses Projekt brauchen wir Fachexperten, das schafft die momentane Verkehrsplanung mit ihrem Personalstand nicht. Das heißt, da müssen wir mehr oder weniger auch warten, bis diese Mitarbeiter zur Verfügung stehen und das war auch ein Grund, warum es die Verzögerung gegeben hat. Man darf auch nicht vergessen, diese Südwest-Linie, wenn die gebaut wird, ist es ein 100 Millionen-Projekt und da hoffen wir schon, dass die Planung auf gutem Fuße steht und nicht sozusagen aus der Hüfte geschossen wird. Das heißt, abschließend darf ich zum Karl sagen, es hilft nichts auf alten Beschlüssen zu beharren, eine Planung ist schön und gut, aber wenn die Ressourcen fehlen, bleiben die Planungen oft stecken, so wie es in der Vergangenheit bei den Grünen sehr oft passiert ist (*Applaus FPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Savernik**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuseher! Danke für den Antrag, Karl, der ist absolut wichtig, wir alle und die ganze Stadtregierung bekennen sich zum Ausbau der Straßenbahnen. Auch der Herr Stadtrat Eustacchio war bei diesem Pressetermin dabei. Lediglich seine Handlungen lassen immer zu wünschen übrig. Wenn wir nicht permanent nachdrücken würden, würde auf dem Gebiet gar nichts passieren, da gebe ich dem Stefan absolut Recht, danke, dass auch wir, wie alle anderen, nicht locker lassen, weil sonst würde der Straßenausbau tatsächlich weiter so stocken, wie er bis jetzt stockt und es geht nicht darum, ob man jetzt irgendwelche Planungen in Frage stellt, es geht darum, es muss jetzt geplant werden und was dann herauskommt, das sollte auch umgesetzt werden. Es kann umgesetzt werden, wenn

Geld zur Verfügung steht, das wissen wir auch, das ist im Moment nicht da. Aber, wenn noch nicht einmal die Planung da ist, können wir auch nirgends hingehen irgendwo zu sagen, bitte wir bräuchten auch Geld dafür, und jetzt die Planungen auf immer und ewig weiter hinauszuschieben, wie das jetzt die Strategie vom Herrn Stadtrat war und ist, und wenn wir nicht nachhaken würden, noch weiterhin so gemacht wird, das ist der absolut falsche Weg, den die FP da leider beschreitet und daher bin ich sehr froh, dass es diesen Antrag gibt, den wir natürlich unterstützen werden. Danke sehr (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR. **Haberler** zum Antrag: Ich möchte nur ganz kurz noch auf das, was der Herr Lohr gesagt hat, eingehen. Die ÖVP ist keineswegs dagegen, dass man am Griesplatz oder irgendwann mit dem Auto fährt, aber irgendwie anscheinend ist eine gewisse Kreativität, die nicht an den Tag gelegt wird, weil man muss, wenn man mit der Straßenbahn fährt, heißt das noch lange nicht, dass kein Auto fahren kann. Soll sich einmal die Conrad-von-Hötzendorf-Straße anschauen oder wo auch immer, aber anscheinend geht das woanders und da muss man einfach ein bisschen eine Kreativität an den Tag legen. Und diese Ausreden, die einfach einem jeden in diesem Ausschuss leid sind, und deswegen so ein Antrag und es ist traurig, dass überhaupt so ein Antrag gestellt werden muss, weil normal soll das selbstverständlich sein, dass man sagt, man möchte die Stadt weiterentwickeln. Und nur weil das ein Projekt ist, was jetzt begonnen werden muss und vielleicht in zehn Jahren oder in 15 Jahren erst fertig ist, wo der Herr Liebe Mario Eustacchio die Lorbeeren nicht mehr einheimen kann, deswegen sagen wir, nein, machen wir nicht, also das ist eine Art und Weise, da

habe ich zu viel Verantwortung anscheinend oder da habe ich eine falsche Meinung von der Politik, die bei der FPÖ anscheinend anders ist. Tut mir leid (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eber**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Karl! Zunächst herzlichen Dank für diesen Antrag, den ich auch für sehr notwendig finde, ich kann mich den Vorrednern Kollegen Savernik und Kollegen Haberler nur anschließen. Ich denke mir, wenn wir in Reininghaus einen neuen Stadtteil entwickeln wollen, wo tausende Menschen arbeiten und wohnen sollen, dann ist es einfach notwendig, dass die Straßenbahn rechtzeitig dort ist und nicht irgendwann einmal danach kommt. Ich möchte nur noch einmal unterstreichen also die Tatsache, dass im Ausschuss zweimal ein Informationsbericht nicht zur Kenntnis genommen wird, weil das einfach Terminplanverschiebungen sind, das ist schon bezeichnend und ich glaube, da ist einfach auch Handlungsbedarf dann da und von daher sind wir natürlich sehr froh über den Antrag vom Kollegen Dreisiebner und werden dem natürlich selbstverständlich gerne zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Ganz kurz zur Richtigstellung. Kollege Haberler, das Einzige, was damit gemeint war ist, dass eben das Projekt, das damals verfolgt worden ist, jetzt wieder bei Null beginnen musste, weil das eben keine Mehrheit kriegt, wenn man da die Pkws ausschließt. Ich darf noch einmal für die Freiheitlichen ein Plädoyer natürlich für den öffentlichen Verkehr abgeben, wir wünschen uns die Südwest-Linie auch schon lieber morgen als wie gestern, das ist natürlich ein nötiges Verkehrsmittel, aber wir können ja nicht die Tatsachen verweigern. Wenn die Verkehrsplanung mit einem Bericht herausgeht und sagt, sie schaffen es nicht zu dem Zeitpunkt, dann kann ich nicht die Augen schließen und sagen aber so wie ein trotziges Kind, ich will trotzdem

morgen mein Spielzeug haben. Also da versuchen wir, die Verkehrspolitik realistisch voranzutreiben, Südwest-Linie oberste Priorität, die brauchen wir, wie gesagt, die Herrengasse entlasten, einen zweiten Bypass sozusagen, das ist unumstritten, also da sind wir auf jeden Fall dabei. Nur der dringliche Antrag hat keinen Sinn, weil es geschieht (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreieibner**: In umgekehrter Reihenfolge, lieber Manfred. Dankeschön, lieber Werner, lieber Gerhard, dankeschön für eure signalisierte Unterstützung. Ich sollte mich mit euch mehr auseinandersetzen und trotzdem juckt es mich, ihr versteht mich hoffentlich, dem Kollegen Lohr, das eine oder andere zu entgegenen. Zu allererst, ich finde es schade, dass der Herr Stadtrat nicht die Zeit gefunden hat, hier zu sein.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Der plant gerade.

GR. **Dreieibner**: Sehr schön. Lieber Roland Lohr, ich finde es erstaunlich, dass du wissend, dass es einen Gemeinderatsbeschluss aus 2011 für die Südwest-Linie gibt mit Planungsschritten und Abläufen und dem budgetierten Geldern für die Planung, mehr als fünf Millionen Euro, dich hierherzustellen und zu sagen, es gibt keine Mehrheit, diese Planung zu verfolgen. Welche Mehrheit meinst du? Die Mehrheit 2011 war eine andere, wenn wir wissen wollen, ob diese Mehrheit heute noch da ist, für welche Variante auch immer, man kann auch ein bisschen umplanen, man kann es ganz anders denken usw. Wenn man das wissen will, dann sollte man hier hineingehen mit einem Stück und hier einen Beschluss fassen, aber dazu muss man

erstens einen Verkehrsausschuss einberufen und zweitens auch viel arbeiten. Das ist das eine zu sagen, ich kenne niemanden, der glaubt, dass das geht, dass man den Griesplatz vom Durchzugsverkehr, vom Transitverkehr entlastet, dass man die Brückenkopfgasse verkehrsberuhigt beziehungsweise dort den Autoverkehr soweit hinausnimmt, dass die Straßenbahn...

Aufgrund eines technischen Gebrechens konnten die Wortmeldungen von GR. Dreisiebner und von GR.ⁱⁿ Mag.^a Polz-Watzenig nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

8) Adventmarkt am Färberplatz

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** und GR. Dr. **Wohlfahrt** stellen folgenden Dringlichkeitsantrag:

Den Adventmarkt am Färberplatz, eine Institution und Besonderheit in unserer Stadt, wird es - wenn es nach den Plänen der Graz Tourismus & Stadtmarketing geht - künftig in dieser Form nicht mehr geben. Nach einem Ausschreibungsverfahren für den Advent in Graz (2014 – 2018), in dem sich VeranstalterInnen für verschiedene Grazer Plätze bewerben konnten, soll nun der Adventmarkt am Färberplatz ab heuer nicht mehr vom Verein Steirische Initiative Kunsthandwerk (STIKH) gestaltet werden, sondern von einer neuen Veranstalterin.

Wesentlich zu dieser Entscheidung beigetragen haben die Ausschreibungskriterien, die Bedingungen enthielten, die für die STIKH in dieser Form nicht erfüllbar sind. Neben der Erhöhung des Marktbeitrages stellen vor allem die in der Ausschreibung vorgeschriebenen Öffnungszeiten die KunsthandwerkerInnen und KünstlerInnen, die in der STIKH organisiert sind, vor unlösbare Probleme. In den Ausschreibungskriterien wurde nämlich erstmals eine einheitliche Öffnungszeit für alle Adventmärkte in der Stadt vorgegeben:

„Alle Stände sind in den Kernöffnungszeiten von Advent in Graz von Montag bis Sonntag, von 10.00 – 22.00 Uhr (Gastronomie-Stände) bzw. von 10.00 bis 20.00 Uhr (Waren-Stände) ausnahmslos offen zu halten.“ (aus: Vereinbarung über die Ausgestaltung von Adventmärkten in der Stadt Graz, Citymanagement)

Für die Mitglieder des Vereins Steirische Initiative Kunsthandwerk war und ist diese Bedingung aber nicht erfüllbar, da sie ihr Kunsthandwerk nicht nur produzieren, sondern auch selbst am Färbermarkt verkaufen. Eine 10-stündige Öffnungszeit ist für sie daher einfach nicht schaffbar. Mit diesen Vorschriften, mit denen der gesamte Adventmarkt in Graz vereinheitlicht werden soll, wird aber das Besondere gefährdet, nämlich ein Markt, der den BesucherInnen die Möglichkeit bietet, mit den KünstlerInnen und KunsthandwerkerInnen ins Gespräch zu kommen und so einen ganz besonderen Zugang zu den angebotenen Produkten zu bekommen.

Bei der Juryentscheidung über die Vergabe des Färberplatzes scheint aber auch nicht berücksichtigt worden zu sein, dass die Steirische Initiative Kunsthandwerksmarkt ausschließlich regionales Kunsthandwerk produziert und ausstellt und damit eine Qualität vorweisen kann, die andere Märkte und AnbieterInnen nicht vorweisen können. Diese Individualität und Regionalität drohen so verloren zu gehen. Dass diese Entscheidung der Jury gegen die Steirische Initiative Kunsthandwerk fiel, liegt wohl auch an der Zusammensetzung der Jury, der keine fachkundige Person in Sachen Kunst/Kunsthandwerk angehörte.

Im Widerspruch zur Juryentscheidung und zu den Plänen der Neuausrichtung des Adventmarktes am Färberplatz steht, dass die Graz Tourismus und Stadtmarketing GmbH auf ihrer Website selbst mit der besonderen Qualität des Kunsthandwerksmarkts am Färberplatz in der Vergangenheit wirbt:

„Am Kunsthandwerksmarkt am Färberplatz hat Qualität Tradition. Überwiegend steirische Kunsthandwerker bieten hier Erstklassiges aus Ton, Holz, Glas, Metall, Textilem, Leder, Wachs,... – Originalität und Zeitgeist basierend auf solider Handwerkskunst. Einzigartig in Graz ist auch die Vielfalt der individuell gestalteten Hütten und Stände, in denen die Künstler selbst ihre Produkte anbieten. Musikalische Vielfalt zeigen an allen vier Wochenenden Live-Bands.“

[\(http://www.graztourismus.at/de/adventmaerkte-highlights/adventmaerkte/](http://www.graztourismus.at/de/adventmaerkte-highlights/adventmaerkte/)

[kunsthandwerksmarkt-am-faerberplatz_adm-2418\)](http://www.graztourismus.at/de/adventmaerkte-highlights/adventmaerkte/kunsthandwerksmarkt-am-faerberplatz_adm-2418)

Und auch das Kulturressort des Landes Steiermark hebt die besondere Qualität des Marktes und der dort vertretenen KünstlerInnen und KunsthandwerkerInnen hervor:

„Die Steirische Initiative Kunsthandwerk veranstaltet am Färberplatz in Graz Kunsthandwerksmärkte auf höchstem Niveau. Ausgestellt werden ausschließlich jurierte Arbeiten, die sich durch Originalität, künstlerische Eigenständigkeit und eine Verarbeitung in höchster handwerklicher Perfektion auszeichnen. Seit Beginn der 80er-Jahre sieht sich die STIKH als Förderer von modernem zeitgenössischem Kunsthandwerk und versucht somit, Vermarktungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für Kunsthandwerker zu schaffen.“

[http://www.kultur.steiermark.at/cms/beitrag/10126396/3335674/\)](http://www.kultur.steiermark.at/cms/beitrag/10126396/3335674/)

Nicht zuletzt muss hervorgehoben werden, dass die Steirische Initiative Kunsthandwerksmarkt für Graz Pionierarbeit geleistet hat. Lange bevor es den Grazer Advent in der heutigen Form gab, nämlich seit 1982, hat die STIKH den Adventmarkt am Färberplatz gestaltet. Gerade weil der Kunsthandwerksmarkt am Färberplatz einen so wichtigen Kontrapunkt zu dem sonst oft sehr lauten Adventgeschäft in Graz bietet, gilt es, ihn in seiner Individualität zu erhalten.

Deshalb stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs-ALG folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Beteiligungsreferent Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüschi wird ersucht, Gespräche mit der Graz Tourismus und Stadtmarketing GmbH zu führen, mit der Zielsetzung, für den Bereich des Kunsthandwerks gesonderte Ausschreibungsrichtlinien zu erarbeiten, die sowohl die spezielle Situation der KunsthandwerkerInnen und KünstlerInnen (ProduzentInnen verkaufen selbst) als auch die Qualität des Angebots (Regionalität, jurierte Arbeiten) berücksichtigen.
2. Weiters wird der Beteiligungsreferent der Stadt Graz ersucht, sich bei der Tourismus und Stadtmarketing GmbH dafür einzusetzen, dass der Advent 2014 bis 2018 für den Färberplatz auf Grundlage der adaptierten Richtlinien neu ausgeschrieben wird.
3. Der Beteiligungsreferent der Stadt Graz wird darüber hinaus ersucht, gemeinsam mit der Tourismus und Stadtmarketing GmbH fördernde und unterstützende Maßnahmen für KunsthandwerkerInnen im Zusammenarbeit mit der Steirischen Initiative Kunsthandwerk zu erarbeiten und dem Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus bis September 2014 zu präsentieren.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR. **Heinrichs** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werte Damen und Herren, liebe Frau Kollegin! Ich bedanke mich für den dringlichen Antrag. Bereits in der Fragestunde hätte ich ja meine Frage in dem Zusammenhang gestellt, daher nur ganz kurz. Selbstverständlich sind wir begeistert, dass der dringliche Antrag eingebracht worden ist und ich darf nur einen Satz dazufügen: 33 Jahre lang hat

dieser Markt stattgefunden unter Wahrung der außergewöhnlich wertvollen Tradition. Kreativität, Wissen, Können, Fleiß und ein friedliches Miteinander, ohne jedwede schrille und grelle Oberflächlichkeit, haben diesen Markt ausgezeichnet. Auch ich kenne viele Damen und Herren, die mich angerufen haben auswärts, Damen von Graz-Umgebung, selbst Damen und Herren aus der Obersteiermark sind angereist, um an diesem Markt im Advent teilzunehmen und die Ausstellungen beziehungsweise die Angebote zu konsumieren. Es wäre enorm schade, wenn diejenigen, die sich jetzt über Jahrzehnte ausgezeichnet haben, nicht einen entsprechenden Platz weiterhin in der Stadt zur Verfügung hätten, um sich zu präsentieren beziehungsweise ihre Produkte anzubringen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Nachdem der Antrag mein Ressort betrifft, die GTG im Speziellen, möchte ich gerne zur Dringlichkeit sprechen und möchte auch begründen, wieso wir die Dringlichkeit ablehnen werden. Und zwar möchte ich ganz kurz auf die Entstehungsgeschichte eingehen. Wir haben im letzten Jahr, im Frühjahr dieses Jahres, eine Ausschreibung gemacht, in der wir auf den verschiedenen Plätzen den Betreiber für den einzelnen Advent-Markt gesucht haben. Das haben wir deshalb gemacht, weil wir damit in der Vergangenheit sehr gute Erfahrungen gemacht haben. Die Zahlen belegen das ganz eindeutig. Beim Färberplatz haben sich insgesamt zwei Personengruppen, sind zwei Angebote abgegeben worden und die Kommission hat gegen eine Stimme, von zehn Personen haben neun für das Angebot der [REDACTED] gesprochen und eine Person für das Angebot der Initiative steirisches Kunsthandwerk. Die Begründung der Kommission ist aus meiner Sicht völlig klar gewesen. Die Begründung der Kommission war, dass die Ausschreibungsbedingungen, dort eben einen Kunsthandwerksmarkt einzurichten mit Österreich-Schwerpunkt, und eben als Kunsthandwerk nicht mit irgendeiner

Kette irgendeines industriellen Kunstproduzenten, durfte nicht sein, war schon nach den Ausschreibungsbedingungen und dann sind eben auch noch andere Bedingungen dabei gewesen. Wir haben schon gehört bezüglich der Öffnungszeiten, das Alternativangebot von der ■■■ hat kein Problem mit den verlangten Öffnungszeiten. Weiter war wichtig, dass die Initiative Steirisches Kunsthandwerk auch gesagt hat, dass sie eine Woche davon diesen Kunstmarkt nicht betreiben möchte, sondern erst eine Woche später beginnen möchte mit dem Betrieb des Kunsthandwerkes. Ich muss auch dazusagen, dass bei der letzten Ausschreibung dieselben Öffnungszeiten verlangt waren, es hat dann nach Meinung... die sind auch von der Initiative damals erfüllt worden, ich habe alle... nach meinen Informationen hat es da durchaus eben auch Spielräume gegeben bei den Öffnungszeiten, aber es war jedenfalls verlangt das letzte Mal und es ist auch so akzeptiert worden. Damit war, glaube ich die Entscheidung der Kommission klar, dass dem Angebot der ■■■ der Vorzug zu geben ist. Ich möchte das schon an dieser Stelle sagen, dass ich als politischer Referent in diesem Fall das Urteil einer Kommission nicht aufhebe, weil die Kommission klar zusammengesetzt war, es hat ein klares Ergebnis gegeben und ich würde das als nicht begründete Einmischung und auch in das Kommissionsergebnis werten, würde ich sagen, ich overrule da die Kommission und treffe eine andere Entscheidung. Was wir aber sofort gemacht haben, das ist, dass wir uns um zwei Dinge gekümmert haben. Das Erste war, wir versuchen, für die Kunsthandwerkerinnen und Kunsthandwerker, die am Färberplatz sind, eine alternative Möglichkeit zu schaffen. Erste Variante war, dass sich die ■■■ mit der Initiative Steirisches Kunsthandwerk in Verbindung setzen sollte, ob es nicht ein gemeinsames Angebot gibt. Nach meinen Informationen ist das aber abgelehnt worden von der Initiative. Das heißt nicht, dass wir uns nicht weiter bemühen, sondern wir sind seit mehreren Wochen in sehr intensiven Gesprächen mit dem Joanneum, es gibt einen sehr attraktiven Platz in der Stadt, der nicht öffentliches Gut ist, das ist eben das Joanneumsviertel und wir sind dort in sehr intensiven Gesprächen, dass wir den Kunsthandwerkerinnen und Kunsthandwerkern der Steirischen Initiative dort die Möglichkeit bieten, dass dort diese Stände aufgestellt

werden können, das ist das Zweite, was wir tun. Das Dritte, was wir tun und was wir auch überprüft haben, das ist, dass selbstverständlich die ■■■ das Angebot macht an die Stände, an die Kunsthandwerkerinnen und Kunsthandwerker am Färberplatz. Nach meinen Informationen sollen inzwischen offensichtlich zumindest 20 davon interessiert sein, mit der neuen Organisatorin weiterhin am Färberplatz auszustellen. Das ist aus meiner Sicht eine sehr wichtige Information. Wir bemühen uns in der Hinsicht sehr genau, wir machen eine zweite Geschichte, wir werden natürlich die Angaben, die die ■■■ gemacht hat in der Präsentation, laufend begleiten und wir werden selbstverständlich sicherstellen, dass dort, so wie es in der Ausschreibung war, überwiegend regionale Anbieter und Anbieterinnen am Färberplatz ausstellen. Ich möchte das noch einmal sagen, aus meiner Sicht gibt es deshalb keine Dringlichkeit für diesen Antrag. Das was im Antrag gemacht wird, ist einerseits aus meiner Sicht nicht möglich, ich kann die Ausschreibung auch nicht aufheben, wären aus meiner Sicht auch ungeahnte rechtliche Konsequenzen verbunden, weil sich die unterlegene ■■■ dann mit ihrer Organisation sehr wohl sehr genau erkundigen könnte, wieso sie denn nicht genommen wurde, nachdem sie von der Kommission ein eindeutiges Ergebnis hat. Wir werden uns weiterhin bemühen, dass wir für die Initiative Steirisches Kunsthandwerk ein Alternativangebot haben. Ich kann es nur noch einmal sagen, damit ist aus meiner Sicht die Dringlichkeit nicht gegeben, inhaltlich ist der Antrag sicherlich vorweggenommen, ich bitte Sie, das schon zu berücksichtigen, ich bitte Sie, schon zu berücksichtigen, wir versuchen oder ich habe da versucht, einen guten Weg, der gegangen wurde in der Vergangenheit, weiterzugehen, nicht einfach als Stadtrat sagen, der kommt, die nicht, die kommt, die nicht, sondern ich habe das einer Kommission übertragen, die in der Vergangenheit sehr erfolgreich war. Nun ist eben das Ergebnis ausgegangen so wie es ist und ich glaube, wir sollten uns schon auch überlegen, ob es nicht sehr wichtig ist, dabei zu bleiben. Mich hätte persönlich die Initiative Steirisches Kunsthandwerk viel mehr überzeugt, wenn sie, von Anfang an war klar, dass ausgeschrieben wird, gekommen wäre und gesagt hätte, liebe Leute, den Argumenten, die da vorhanden waren, jetzt

hat sie die Ausschreibung verloren, was mir persönlich sehr leid tut, ich kenne auch die Geschichte und die Verdienste der Initiative für den Färberplatz, aber auf der anderen Seite kann ich einfach nur sagen, es hat eine Ausschreibung gegeben, die Bedingungen waren allen bekannt und es hat jemand anderer gewonnen. Nochmals, wir werden uns dafür einsetzen, dass wir auch für die Stände, die Kunsthandwerkerinnen und Kunsthandwerker, die bei der Initiative bleiben möchten, eine Alternative finden, das Ausschreibungsergebnis kann aus meiner Sicht und sollte aus meiner Sicht nicht nachträglich geändert werden mit Gründen, die in der Ausschreibung selber keinen Platz haben. Ich bitte Sie, das bei Ihrer Entscheidung zu begründen, die ÖVP wird der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Nachdem ich nicht sicher bin, ob die Dringlichkeit durchgehen wird, weil ich nicht weiß, wie die anderen sich verhalten, bis auf die KPÖ, möchte ich schon eines noch einmal sagen: Ich finde, irgendwann ist es auch so, dass man als Stadt einer Initiative was verdankt und diese Steirische Kunsthandwerksinitiative hat einen Grundstein gelegt für etwas, was heute sehr gut funktioniert. Es wird auch so gesehen und interessanterweise auf der Stadtmarketings-Homepage, wo es heißt, die Steirische Initiative Kunsthandwerk veranstaltet am Färberplatz in Graz Kunsthandwerksmärkte auf höchstem Niveau. Ausgestellt werden ausschließlich juriierte Arbeiten, die sich Originalität, künstlerische Eigenständigkeit und eine Verarbeitung in höchster handwerklicher Perfektion auszeichnen. Seit Beginn der 80er-Jahre sieht sich die Steiermärkische Kunsthandwerksinitiative als Förderer von modernem, zeitgenössischem Kunsthandwerk und versucht somit, Vermarktungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für Kunsthandwerker zu schaffen. Noch einmal, so geht man mit jemandem, der was Maßgebliches geleistet hat für diese Stadt, nicht um. Wenn ich dann eine Kommission habe, wo niemand drinnen ist, der die Anliegen dieser Initiative vertritt, dann erlaube

ich mir sehr wohl, das Urteil der Kommission in Frage zu stellen. Ich erlaube mir sehr wohl, in Frage zu stellen, wie jetzt weiter damit umgegangen wird und ich hoffe sehr, dass der Antrag Zustimmung finden wird, weil ich denke, auch aus Sicht des Stadtmarketings ist es die Frage, wie gehen wir mit einer Marke um und diese Marke ist eine Marke für Graz. Man kann darüber reden, mit den Personen darüber reden, was man daraus macht längerfristig, aber bitte zuerst einmal fördern, mit den Leuten reden, gemeinsam was entwickeln und dann wird man vielleicht zu einer Lösung kommen, die für alle passt. Aber nicht einfach drüberfahren und damit auch ein großes Stück Individualität, Originalität, Besonderheit massiv aus Spiel setzen. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv. ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Liebe Astrid Polz-Watzenig, ich kann dir sagen, die Sozialdemokratie wird sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt zustimmen. Ob das noch zur inhaltlichen Abstimmung kommt, werden wir jetzt gleich sehen, wenn wir über die Dringlichkeit abstimmen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Rechtzeitige Maßnahmen bei industriellen Baudenkmalern

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Last but not least geht es in unserem dringlichen Antrag zum Thema rechtzeitige Maßnahmen bei industriellen Baudenkmalern. Dazu eine kleine Geschichte eigentlich. Erstmals ist die Rösselmühle 1270 erwähnt worden, das letzte Mal, wo sie wieder erwähnt worden ist, relativ markant in der Zeitung, war dieses Jahr im Jänner, wo die Schließung der Rösselmühle bekanntgegeben worden ist, inklusive der Verlust der Arbeitsplätze dementsprechend dort. Die Vergangenheit hat in Graz gezeigt, dass man mit industriellen Baudenkmalern recht unterschiedlich umgeht. Es gibt positive Vorzeigeprojekte wie die Seifenfabrik oder die Farbenfabrik Zankel und andererseits natürlich auch wieder schlechte Beispiele wie den Abbruch des Mustralhofes oder den illegalen Abriss der Farbenfabrik in Reininghaus. Dementsprechend wäre es wünschenswert, wenn die Stadt Graz im Rahmen ihrer Möglichkeit dafür sorgt, dass rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um die Spuren und den Charakter des Bestandes mit den aktuellen Bedürfnissen und moderner Architektur zu verbinden.

Dementsprechend stelle ich folgenden

dringlichen Antrag,

der jetzt nur mehr zwei Punkte beinhaltet, nicht so wie der ursprüngliche Antrag, weil ein Antrag herausgenommen worden ist. Und zwar erster Teil des Antrages ist, der Bürgermeister möge beauftragt werden, mit den Eigentümern Kontakt aufzunehmen, um deren Absichten abzuklären und sich dafür einzusetzen, dass bei etwaigen Baumaßnahmen eine Lösung gefunden wird, die der älteren noch erhaltenen Mühle der Stadt gerecht wird, und der zweite Teil des Antrages ist, die zuständigen Abteilungen werden ersucht, ähnliche Objekte beziehungsweise Gebiete in Graz zu identifizieren und dem Ausschuss darüber Bericht zu erstatten. Es soll ein Maßnahmenpaket erarbeitet werden, welches in Zukunft eine Grundlage darstellt,

um künftig verstärkt und rechtzeitig Lösungen zu forcieren, die Bezug auf den industriellen Charakter des Entwicklungsgebietes und dessen Bestand nehmen. Dankeschön.

GR. Mag. **Frölich** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, lieber Philip Pacanda! Du hast so nett historisch hergeleitet 1270 erstmalige Erwähnung der Rösselmühle. Ich möchte auch mit einer historischen Geschichte beginnen. Es gab einen Prof. Donald Dudley von der Uni Birmingham, der hat den Ausdruck Industriearchäologie geprägt, das ist die Erforschung und Erhaltung von technischen und industriellen Objekten, das sind so interdisziplinäre Untersuchungsmethoden, die in die Denkmalpflege diese Objekte einfließen lassen. Es ist ein wissenschaftliches Fach, das übrigens an der TU Wien unterrichtet wird. 1976 schon hat es am Bundesdenkmalamt die Gründung einer Abteilung für technische, wirtschafts- und sozialgeschichtliche Denkmäler gegeben, also ganz interessant, und seit damals arbeitet auch das Institut für Baukunst, Denkmalpflege und Kunstgeschichte der TU Wien an der Inventarisierung der technischen industriellen Baudenkmäler Österreichs. Also was will ich damit sagen? Eigentlich war ich nah dran zu sagen, das kann nicht dringlich sein. Wir wissen, wie Denkmalpflege und wie das Bundesdenkmalamt diese Dinge ernst nimmt. Wir haben uns dann, ich würde vorsichtig sagen, minderheitenfreundlich entschieden, der Dringlichkeit doch zuzustimmen, denn es ist irgendwie, obwohl der Antrag ein bisschen so in die Richtung geht, ist das, was ich da hier beantrage, eigentlich sinnvoll und wenn es nicht sinnvoll ist, macht es was? Naja, also trotzdem, wir sagen, es ist dringlich, nur bitte tun wir nicht so, als ob es da nichts gäbe. Das ist ein ganz interessantes Feld, da kann man sich sehr schön vertiefen, der Betreff des Antrages „rechtzeitige Maßnahmen bei industriellen Baudenkmalern“ weicht dann ein bisschen vom Inhalt ab, weil da geht es dann doch um Parks usw. Aber es ist durchaus ein interessantes

Thema, also ich wollte auch ein wenig historisch argumentieren, wir werden der Dringlichkeit deines Antrages zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner:** Danke, lieber Kollege Klaus Frölich, ist ein durchaus interessantes Thema, ich möchte das aufgreifen und sagen, es ist durchaus auch ein wichtiges Thema. Vielleicht erinnern sich einige von euch und Ihnen noch, dass es aufgrund einer im Internet veröffentlichten Bebauungsstudie einer Projektstudie südlich der Postgarage, also im Bereich dieser Rösselmühle mit Wohnbebauung, Balkonausbrechung usw., ein Riesenwirbel, nicht nur in den sozialen Medien, sondern auch in anderen Medien und auch, ich nehme an, auch bei den Planungssprechern der einzelnen Fraktionen gegeben hat. Es ist ein wichtiges Thema, dort wird Entwicklung passieren, der jetzige Eigentümer hat seinen Betrieb, seinen lange geführten Betrieb, dort eingestellt, die Eigentümerfamilie wird dort sehr wahrscheinlich nichts selbst entwickeln, es werden irgendwann andere tun. Es lässt sich in so einer Situation mit Überbauung, mit einer sehr breiten Nutzung, die gut abgestimmt ist mit schon Vorhandenem, damit meine ich die Parknutzung, damit meine ich aber auch die Klub- und Diskothekennutzung, die dort vorhanden ist im Randbereich, glaube ich, sowohl Wohnen als auch andere Kerngebietsentwicklungen gut verwirklichen. Vielleicht kann man in Graz auch wieder das Thema eines autonomen Kultur- und Jugendzentrums angehen und aufgreifen, da gibt es einige sehr gute Beispiele in anderen europäischen, aber auch österreichischen Städten, wo Ähnliches bei derartigen Altindustrialzonen gelungen ist. Insofern, und nicht nur insofern, danke ich dem Philip Pacanda für den Antrag und wir stimmen der Dringlichkeit dieses Antrages selbstverständlich zu und es wird dann noch einen weiteren Zusatz unsererseits geben, soferne die Dringlichkeit gegeben sein sollte. Danke.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** zum Antrag: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Wie der Kollege Pacanda schon gesagt hat, ist ja ein Teil seines Antrages nicht zugelassen worden. Wir haben den jetzt einfach so formuliert, dass er auch zulässig ist in Form eines Zusatzantrages und zwar geht es, wie Sie wahrscheinlich eh wissen, um den Oeverseepark. Ich möchte vorab was sagen. Der Oeverseepark ist in einem Gebiet der Stadt Graz, wo es dringend Grün- und Freiflächen braucht. Viele von Ihnen erinnern sich, dass der Herr Bürgermeister erst vor kurzem eine Grünraumoffensive vorgestellt hat, wo eben auch er darauf hingewiesen hat, dass es besonders schwierig ist, in jenen Bezirken, wo es ohnehin schon ein Defizit gibt, nämlich in Lend, in Gries, in Jakomini, weitere Grünflächen und Freiflächen für die Stadt zu erwerben und öffentlich zu machen und den Menschen zur Verfügung zu stellen. Jetzt stellen Sie sich einmal vor, was passieren würde, wenn der Oeverseepark nicht mehr als Park zugänglich wäre. Ich habe mir auch erlaubt, mich kundig zu machen, damit Sie einfach wissen, wie die Situation derzeit aussieht. Es ist so, dass der Oeverseepark auf unbefristete Zeit gepachtet ist, wobei es eine Kündigungsfrist von einem Jahr gibt. Es ist so, dass die Stadt derzeit 240.000 Euro pro Jahr zahlt an Pacht für den Oeverseepark, also eine ziemlich große Summe, und es ist so, dass er im Flächenwidmungsplan zwar als Vorbehaltsfläche eingetragen ist, aber wenn zum Beispiel diese Fläche verkauft wird oder auch wenn der jetzige Eigentümer die Absicht hat zu bauen, dann würde trotzdem der Fall eintreten, dass die Stadt sowieso Verhandlungen aufnehmen muss, um den Park weiter zu erhalten, weil andernfalls, und da gibt es eben diese Frist von einem Jahr, glaube ich, würde dort ein Bau stattfinden. Das heißt, ich lese den Zusatzantrag gleich vor, ich möchte nur sagen, es geht in dem Zusatzantrag eigentlich nur darum, dass man prüft, welche

Variante gut wäre für die Stadt und bei der Höhe der Pacht, ob es nicht auch Sinn machen würde, einmal über den Kauf nachzudenken. Und der Zusatzantrag lautet also: Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen und dem zuständigen Ausschuss darüber zu berichten, wie im Sinne der Grünraumsicherung der an das Areal angrenzende Oeverseepark, Klammer auf, Eigentümer Oeverseepark ist ident mit Eigentümer Rüsselmühle derzeit, Klammer zu, für die Grazerinnen und Grazer langfristig gesichert werden kann. Es soll hier speziell verglichen werden, wie und wann sich ein etwaiger Kauf des Areals gegenüber der derzeitigen Pachtvariante rentieren würde. Ich bitte um Annahme des Zusatzantrages (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda**: Herzlichen Dank für die große Zustimmung der Dringlichkeit und. ich schätze, auch einmal für die inhaltliche Zustimmung. Eines möchte ich noch sagen, ich glaube schon, dass es dringlich ist, weil ich glaube, jetzt auch durch die positive Entwicklungen Greis, man wird dort verkehrstechnisch sehr viel machen, wie wir vorher gehört haben, das heißt, man kann Gries sicher gut weiterentwickeln und ich glaube, es ist wichtig, dass man da frühzeitig einfach eingreifen, bevor irgendwas passiert und wir dann nachher dasitzen und sagen, jetzt ist es abgerissen, hätten wir vorher was gemacht. Dankeschön (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde einstimmig angenommen.